

den Zweck seiner Unternehmungen und die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht.

Freilich begannen sich schon in England Stimmen des Ermahnens über den Rückfall des deutsch-englischen Vertrages zu hören. Man hat sich zu sehr daran gewöhnt, in Deutschland einen Feind zu sehen; denn das sicherste Flottenzeitalter im Reich hat bei den Engländern ganz naturgemäß die Vorstellung geweckt, Deutschland habe sich für einen Seefrieg gegen England zu rüsten. Die vor einigen Tagen von uns mitgeteilten englischen Beschlüsse sind ein Beweis dafür. In der Agitation unserer Marineproleten hat auch das englische Schreckgespenst immer den Muthörern spielen müssen. So stimmen die papierenen Friedens- und Freundschaftserklärungen schlecht zu den nicht-friedlichen Tathandlungen der Welt.

Wie wenig man die Erklärungen und Bittreden zu bedenken haben, lehrt die Geschichte auf jedem Blatt. Rühmliche Kriege zu verhindern, einen unzerbrechlichen Damm gegen ihren Ausbruch anzulegen, kann unmöglich die Sache der Diplomaten sein. Die Kriegsfürcht wird nicht eher beizubringen sein, als bis sich die Völker weigern, Kriege zu führen. Erst wenn die unruhigen und befallenen Brügel der Völker infolge ihrer fortwährenden Erkenntnis zur Unmöglichkeit werden ist, ergibt sich die Regelung aller Streitfälle in einem ordentlichen Verfahren zuverläßig von selbst.

Ein Jurist über das Saarbrücker Urteil.
Das bekannte Urteil der Strafkammer in Saarbrücken, wodurch der Bergmann Krämer zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde, worin die gewaltsame Art des Verfahrens beim Prozesse nicht zum Justizakt Strauß-Berlin in der Dantsiger Jurisprudenz wie folgt kritisiert:

Als Folge der letzten Reichstagswahl stiehe vor dem Landgerichte Saarbrücken ein Verleumdungsprozeß gegen den früheren Bergarbeiter Krämer, der in Wahlplakaten der Bergwerksgesellschaft Bergarbeiter der Arbeiter vorgeworfen hatte. Die Verurteilung zu drei Monaten Gefängnis und Verweisung und arbeitslos durch die Schlichter der Strafkammer. Hier sei, wie auf sozialpolitischen Gesichtspunkte eingewiesen, gegen eine Rechtsauffassung Front gemacht, die in den Verhandlungen vertreten wurde. Die Beobachtung der Wähler bei Reichstagswahlen wurde nämlich als eine nicht unangenehme Angelegenheit bezeichnet. Die Wahl bei Reichstags ist geschicklich geführt. Zur Sicherung des Geheimnisses ist in dem neuen Wahlverfahren die Benutzung von abgeleiteten Umfängen und von Jolier-Namen vorgezogen. Trotzdem wurden Vergleiche, wie Zeugen befragt, vielfach von Vergelegenheiten der Wahl-Abgabe totalisiert. In dem Wahlverfahren gab es keinen Verstoß. Die Wahlverfahren sind nicht vorgenommen. Nach der Wahl ließ ein Bürgermeister von einem Abtrünnigen Kollisionsgehilfen bitten zur Anwendung an die Bergwerksgesellschaft antworten und bei benannten Wählern, die vermuthlich Wahl gewählt hätten, einen eigenen Zeich machen. Wahrscheinlich ein Verstoß auf die geheime Wahl.

Bevor der Bergarbeiter Herr Hilger noch seine nationalen Gesinnungsgenossen werden sich viel um diese Kritik kümmern. Im preussischen Reichstags hat eben der das Recht, der die Macht hat.

Wie man in Saarbrücken von dieser Nacht in ausgiebiger Weise Gebrauch macht, zeigt außer dem im Prozeß Krämer bekannt gewordenen Entschuldigungen noch folgende Zusammenfassung:

Seit der letzten Reichstagswahl wurden über Genossen des Saarreviers nicht weniger als 164 Strafmandate in der Gesamtheit von 1843 Marx verhängt. Davon wurden von den Gerichten 44 gleich 615 Marx wieder aufgehoben. Dazu kommt noch das Urteil gegen den Bergmann Genossen Krämer mit 3 Monaten Gefängnis, sowie Gefängnisstrafen in Höhe von 34 Tagen. In der Schwere sind noch 17 Anlagen. Unter den Strafbeschlüssen sind am meisten vertreten: Flugblätterverbreitungen, Lieben mit Versammlungsplakaten und Uebersetzen des preussischen Verfassungsgesetzes.

Dem vollständigen Verdict waren ausgesetzt 211 Genossen 532 Mal. Katzenberg Verurteilungen sind zu verzeichnen 5, verurteilt wurde ein Reichswehr, sowie ein Gartenknecht. Damit dienen die staatsfeindlichen Bürger der heiligen Germanenband nach Bedarf in jener Sozialistensittlichkeit geschlagen haben, die der Sozialdemokratie so gut bekommt.

Nichts von Südwesafrika! Daß die Deputation der südwesafrikanischen Farmer vom deutschen Kaiser nicht empfangen wurde, soll nach der Preussischen Korrespondenz auf eine allgemeine Weisung des Kaisers zurückzuführen sein, die so lautet hätte:

Ich bitte mich dringend aus, daß von Südwesafrika zu mir und in meiner Gegenwart nicht mehr erachtet wird, bis der erste Sieg da ist! Die Demontierungen der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung mögen langsam. Obwohl diese Nachricht bereits Mittwoch früh die Berliner Morgenblätter schmückte, ist die übliche Erklärung, sie sei vollkommen frei erfunden, bisher noch nicht erfolgt.

Die Bonnerbankgelehrten sollen dem Kirchenbauverein zurückgeschickt werden. So berichtet jetzt ein Korrespondent, die sich direkt als Sprachrohr der frommen Kirchenbauer bezeichnen. Die Kreise des Kirchenbauvereins, heißt es da, legten Wert darauf, in der Öffentlichkeit festzustellen, daß bereits nach der Veräußerung der Hofkapellen die Rückzahlung beschlossen worden sei. Man wolle angeschlossen nur noch die Entscheidung des Reichsgerichts abwarten.

Da scheint denn doch irgend etwas nicht ganz zu stimmen. Denn von der juristischen Auffassung, die sich die letzte Instanz über die Verhältnisse der Bankdirektoren bildet, kann die sittliche Verpflichtung der Besenken zur Rückzahlung unmöglich abhängen. Daß diese sittliche Verpflichtung besteht, ist durch den bekannten Sachverhalt genaugen erwiesen; es ist also gar nicht einzusehen, warum man sich von dem Bonnerbankgelehrten so schwer trennt. Offensichtlich wird sich nun auch der Empfänger der veräußerten 327 000 Mark recht bald wieder melden und die Summe zurückzahlen. Davon hat man bisher noch kein Sterbenswörtchen gehört.

Der Tabak muss mehr bluten. Das ist seit Jahren ein Schlagwort unserer Reichs- und Staatsfinanzminister. Nun entsprechend hat der preussische Finanzminister Herr v. Helmuth-Land nach dem Sam. März, bei einer Besichtigung der Tabakfabrik von Jauer u. Wolff in Sibing geäußert, daß der Tabak in Deutschland noch zu wenig Holz bringe. Der preussische Finanzminister muss wohl seine guten Gründe haben, bei solch „hoher Gelegenheit“ an ein Plankonzept reaktionärer Volkswirtschaft zu erinnern.

Sinen neuen Ministerproposale schlägt die Königlich Preussische Regierung vor, sie lautet:

Wie wäre es mit einem eigenen Minister für Repräsentation, der alle Amalgams mitmacht, damit die übrigen Minister ungestört arbeiten könnten? Hier der Geh der „Vergnügungsdepartements“ hätte die Reichs- und Staatsregierung bei allen Denkmalsentwürfen,

Entwürfen von Denkmälern und Bauwerken, Entwürfen fremder Gärten, Gärten und amerikanischer Kläranlagen usw. usw. zu vertreten. Dafür müßte den Reformminister aber ganz energisch die Pflicht auferlegt werden, fortan die Gelege sorgfälliger auszuarbeiten; wir denken, so würden alle Teile dabei gewinnen. Wir unterbreiten diesen ängstlich feilschenden Gedanken vertrauensvoll dem Hofstaatssekretär des politischen Publikums.

Die traurige Lage der Eisenbahnangehörigen wird durch eine Gerichtsverhandlung in Landsberg a. W. grell beleuchtet. Dort verurteilte die Strafkammer den Hilfsweihensteller Ding zu einem Jahre Gefängnis. Die hohe Strafe wurde ausgesprochen, weil Ding im Dienst mehrfach Gelegenheitsdiebstähle an Rahmungsmiteln verübt hatte. Drei Kilo, in denen er Eier, Butter zu erwerben hatte, wurden ihm zum Gericht nachgewiesen. Wie kam der Hilfsweihensteller Ding zu den Diebstählen? Auf diese Frage wird der Väter eine Antwort finden, wenn er erzählt, daß der 11 Jahre lang auf dem Strohbohof zu Friedberg beschäftigt gewesene Mann einen Tagelohn von zwei Mark erhielt und eine Familie von neun Köpfen satt machen mußte.

Ihr laßt den Armen schuldig werden.

Professor Gustav Schmoller, der bekannte Kathedersozialist, der, wie unteren Hälften Genossen aus den letzten Reichstagsverhandlungen bekannt ist, wird im Verrennen nach edler liberaler Professorien in die Sozialistenbeate der Arbeit und Manteufel mit eintritt, wird vom Vorwärts in einer Beurteilung des neuesten Schmollerischen Werkes „Grundriss der allgemeinen Volkswirtschaftslehre“ vortheilhaft charakterisiert. „Der Professor Gustav Schmoller, dessen Einfluß heute die sozialwissenschaftlichen Katheder beherrscht, ist der Zuspätschieber der Lebens- und Verfallszeiten, dessen innerer Schwäche und Heillosigkeit sich nirgends deutlicher offenbart als in seinem geschichtlichen Verhältnis zur sozialen Bewegung der Gegenwart. Jede Sache hat zwei Seiten, das Alte hat sein Gutes, aber auch das Neue ist nicht zu verachten, und gewöhnlich kommt es anders, als man glaubt. Siebenundsechzig Vortellen stehen meistens sechsundsechzigdreizehten Rechte gegenüber, und das Viertel, das übrig bleibt, kann man auch nicht im Handumdrehen erreichen, denn alles, was werden soll, erfordert Zeit, sehr viel Zeit, förmlich viel Zeit. Darum sei man geduldig, vorwärts, maßvoll, unparteiisch und objektiv! Das ist, was als Weltanschauung von Herrn Schmoller zurückbleiben kann, wenn man alle lausend Seiten konkreter Fachwissenschaften abstrahiert. Was von einer vernünftigen voraussetzungslosen Arbeit übrig bleibt, nichts übrig als die platteste, hausbackenste Alltagsweisheit, die die Philister aller Zeiten immer und immer wieder zu wiederholen nicht müde geworden sind.“

Wieder eine Ankerkennung. Bei der Beratung der babilischen Wahlreform sprach sich der Präsident des Verwaltungsgerichtshofes, Namens v. Wahl, also einer der ersten Beamten Baden, auch über das Reichstagswahlrecht aus. Seine Worte verdienen weit über Badens Grenzen hinaus bekannt zu werden. Er sagte:

Ich gehöre nicht zu denen, die es beklagen, daß das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht zum Reichstage eingeführt ist, ich halte das vielmehr für ein Großtat. Die Sozialdemokratie hat durch in der Reichstagswahl die Volksweltung würde ein unauflösliches Bild geben, wenn keine Sozialdemokraten darin wären; ebenso finde ich die Schilderung, welche der Reichstagsleiter in den Tendenz dieser Partei gab, alle lobend. Die Arbeit der Sozialdemokraten hat sich in der Reichstagswahl zu hehren, sie wird erfolgreich auf sie einwirken.

Seher, der nicht mit Schenkungen versehen ist und objektiv urteilt, kommt zu diesem Schlusse. Und dennoch gehört bei einem deutschen Beamten Mut dazu, sich in dieser Weise auszusprechen. Dafür steht mir auch im Lande der Gottesfurcht, Frömmel und Heuchel.

Keine Unruhen auf Samoa? Der halbsozialistische Berliner Lokal-Anzeiger meldet: Nach einem Telegramm, welches der Gouverneur Solf am 3. d. M. in Apia aufgegeben hat, bestätigen sich die über Australien hierher gekommenen Nachrichten, nach denen die Eingeborenen in Samoa mit einem Aufstande drohen sollen, in keiner Weise. Gouverneur Solf berichtet vielmehr, daß die Eingeborenen sich durchaus ruhig verhalten, und die im Juni fällig gewesene Kopffsteuer pünktlich bezahlt haben.

Konfessioneller Wohnplan. Von den sechs Zrennanstalten der Provinz Westfalen, wovon eine gebaut, die letzte geplant wird, sollen drei für Katholiken und drei für Protestanten eingerichtet werden.

Wenn es so weiter geht, ist Deutschland wirklich auf dem Wege, als Ganzes ein konfessionelles Volk zu werden.

Ausland.

Ungarn. Unser guter Kaiser Franz. Im ungarischen Abgeordnetenhaus wird der 3. J. über eine dem Kaiser zugedachte Vorkörnung debattiert. Der österreichische Kaiser erhält von den beiden Staaten zusammen 18,6 Mill. Kronen und man sollte meinen, mit einer Billigte von solcher Höhe könnte selbst die Hofburg des Herrschers eines großen Reiches recht gut erhalten werden. Wie es scheint, ist dem nicht so. In einer Regierungsvorlage wird eine Erhöhung beantragt. Es wird aber schwer halten, im ungarischen Reichstage die Erhöhung durchzusetzen; die Ungarn sind nämlich der Meinung, daß sie von Seiten des Kaisers Franz Joseph vernachlässigt, gewissermaßen enterbt würden, weil nämlich die Budapester Hofburg zu oft und zu lange leer steht. Der Kaiser ist den größten Teil des Jahres in Wien, die Ungarn möchten ihn mehr bei sich haben, um in dem Glanze des Hofes sich zu sonnen. In der Sitzung vom Montage kam es, wie schon mitgeteilt, über die Qualität des Kaiser zu vergeblichen Debatten und es fielen recht abentheuerliche Aeußerungen aus des österreichischen Kaiserthums. Der Abgeordnete Rathen meinte, die Einbringung der Vorlage sei eine Lachlosigkeit. Der Abgeordnete Hof sagt: Die Hofburg haben eine Interessen-Beirat mit Ungarn geschlossen, sie haben ein reiches Land geheiratet. Die Debatte, die fortgesetzt wird, kann noch mancher Ueberschlagung bringen.

Frankreich. Die Wahlprüfungen in Marseille. Der reaktionäre Block bei den letzten Gemeindevahlen begangen hatte, um die Liste Chanois gegen die Sozialisten durchzubringen, sind jetzt zur Aburteilung gelangt. Die Strafkammer beurteilte vier Personen wegen Stimmenkauf, Bestechungen und Wahlprüfungen zu Gefängnisstrafen von 2 bis 4 Monaten und außerdem zu höheren Geldstrafen.

Im Gemeinderate zu Marseille kam es in der Sitzung am Dienstag bei der Beratung einer solchen Frage betreffend die Oskulation zwischen nationalistischen und republikanischen Gemeindegliedern, zu tumultuariösen Szenen wobei die Polizei eingriff.

Japan. Ein neuer japanischer Krieg wird von Bardighera gemeldet. Dort liegt bei dem am Sonntag Rathgefundnen Ergänzungsdraht zum Gemeinderat die sozialistische Liste mit großer Mehrheit über den anti-sozialistischen Block. Vor dem Gaus des mit großer Majorität zum Bürgermeister gewählten Senjoo Adachi Kaji fand eine imposante Demonstration statt.

Serbien. Offiziere und Arbeiter. In Kragnjevac kam es zwischen Offizieren und Arbeitern der dortigen Seidenfabrik wegen eines Tarifstreites der Sozialisten zu einem Zusammenstoß, wobei ein Arbeiter durch Schießerei ziemlich erheblich verletzt wurde. Da die Erregung auf beiden Seiten sehr groß ist, befürchtet man weitere Unruhen.

Der Krieg in Ostasien.

Schwere Verluste haben die Japaner bei ihrem Landungsangriff auf Port Arthur erlitten. Der russische Generalstab hat auf Grund von Informationen die Befestigung erhalten, daß in der Nacht vom 11. Juli ein Angriff gegen Port Arthur stattgefunden hat, bei welchem die Japaner mit enormen Verlusten zurückgegangen worden sind. Die Zahl von 30 000 außer Kampf gefeseter Japaner ist hierin angegeben.

Die hohen Verluste sollen auf Explosion von Minen zurückzuführen sein, die die Russen vor ihren Befestigungen angelegt hatten. Allerdings wird von anderer Seite gemeldet, daß es den Japanern trotz der Verluste gelungen sei, sich an zwei wichtigen Punkten zu behaupten. Doch erscheint die Befestigung dieser beiden, übrigens nicht näher bezeichneten Punkte, von problematischem Werte; denn die Belagerer würden nurmehr ihren Generalplan notwendig ändern müssen, um die Wiederholung unüberhältnismäßig großer Verluste infolge der ungesunden russischen Minenlegung zu vermeiden.

Ueber die Kriegslage in der Mandchurie wird aus Petersburg gemeldet: Der russische linke Flügel unter Graf Reiter liegt zurzeit in Tala Range gegen über den Japanern. Täglich finden kleine Scharnitzelgefechte, die leicht zu einem größeren führen können, doch vermehren diese sowohl die Russen wie die Japaner auf beiden Seiten. Die Russen haben in der Provinz Liaoning 300 von japanischen Offizieren angeführte Chinesen die Bahn durch Weilin zu zwingen. Es wurden von der Grenzwaage umzingelt und niedergemacht. Auf der Südküste hält der Rückzug der Russen auf Tschitschiao an. So räumen die Russen Anglau, den Hafen von Kiuichwang, mit ihrer ganzen Artillerie, da dieselbe eingezogen ist, alle verfügbaren Streitkräfte für die Verteidigung des Eisenbahnknotenpunktes bei Tschitschiao zu konzentrieren.

Die japanischen Vorkorpen haben 10 Meilen südlich von diesem Orte 11 000 Russen gegenüber.

Aus Labiosa ist berichtet, es herrsche dort Verlegenheit vor einem neuangehenden japanischen Korps, das die Aufgabe haben soll, der russischen General-Landwehr von Wabimost abzudringen.

Der Gesundheitszustand der japanischen Truppen soll nach einer Meldung des Berl. Tagebl. sehr schlecht sein. Nach dem letzten hierigen Gesichte soll in den japanischen Lagern Dysenterie ausgebreitet sein und, wie Chinesen sagen, auch Cholera. Angeblich hätten einzelne Truppenteile bis zu 40 Prozent Abgang infolge der Seuchen gehabt.

Bestimmlich wurde von den russischen Truppen daselbst gemeldet.

Ein russischer Großfürst, der den Krieg als Amalgam betrachtet, scheint der Großfürst Bogoris zu sein. Der Petersburger Korrespondent des Pariser Journal meldet nämlich, daß dieser Großfürst, vom Kriegsschauplatz zurückberufen und zum Zeichen der Ungnade des Zaren nach Archangel verbannt werden würde. Der Großfürst habe trotz wiederholter Ermahnungen des Zaren sich allerhand Exzentrikerien zu schulden kommen lassen, und man erzählte über ihn zahlreiche Schandgeschichten.

Rußland und die Militärbevollmächtigten der Schweiz. Das Verlangen Rußlands wegen Abberufung des Obersten Andread hat in der Schweiz sehr peinlich berührt. Die gesamte Presse zeigt sich sehr ungeduldig. Obwohl nach dem Rußland beschuldigt, im Reichsverbande Offiziere für die russische Armee zu verwerben, gebraucht zu haben. Die Schweizer Zeitungen zweifeln fast daran, und neigen zu der Ansicht, daß Rußland für das Attentat auf den russischen Gesandten in Bern hätte Rache nehmen wollen.

Die Differenzen im Konsumverein Merseburg.

Uns gehen unter Bezugnahme auf das Eingekamte des Gen. Wittag und einiger anderer Korrespondenzen längere Erklärungen zu, die wir, um beide Teile zum Wort kommen zu lassen, weitergeben, so ungern wir es sehen, wenn die Differenzen im Volksblatt breitgetreten werden. Nach Abdruck dieser Erklärungen verweisen wir jedoch unsere Rundbesucher in die Verhandlungen des Konsumvereins. Die Red.

Auf die von Herrn Wittag in Nr. 158 des Volksblattes gebrachte Darstellung über Vorkommnisse im Konsumverein Merseburg zur Erinnerung, daß dieselbe mit der Herrn Wittag eigenen Artusität in Bezug auf Verordnungsamt geschrieben ist.

Zu der ersten Behauptung wird mitgeteilt, daß der Besondere der Hohlgefäß hat, das ein Defizit von 1000 Mk. bei Hohl vorhanden sein soll; er führte jedoch in seinem Verdict aus, daß darauf die nicht korrekt ausgeführte Uebernahme-Inventur Schuld haben, daß auch ein Teil noch weiter zurückliegen könne, und auch Waren, welche Hohl nicht erhalten haben soll, befinden sich ebenfalls im Lager. Mit Bestimmtheit kann es aber nicht sagen und gibt den Rat, einen dicken Strich durch's alles zu machen, und nun von neuem anzufangen. Das ist mehr als genug gesagt. Hohl hat ja der Verammlung auch erklärt, daß er sich keine Schuld bezüglich ist, und zum Beispiel angeführt, daß ein Stück Banden, welches 14 Uebernahme-Inventuren über 40 Meter liefen sollte, beim Nachprüfen, als er endlich nach vieler Bemühung nach einem halben Jahre die betreffende Liste erhielt, nur ca. 23 Meter maß, ohne daß davon nur ein Faden weggenommen worden ist.

Die 500 Mark-Rüffe hat sich wie folgt ausgetragen. Der zum Jahre hat der Besitzer des Hauses, in dem der Verein in Balby domiziliert, schon 800 Mk. Darlehen erhalten, die von der Miete wieder in Abzug gebracht worden. Ein Beschluß von damals, der insbesondere nicht mal protokolliert ist; dem der Mann jetzt wieder Geld zu leihen, hätte wohl unbedingt bei letzten Jahreshaupt der Ausschusses unterbreitet werden müssen. Nichts von alledem. Wittag hat eben eigenmächtig 300 Mk. zur Rückzahlung angewiesen.

von den im Volksblatt durch Buchstaben benannten Personen, deren Namen nicht genannt werden konnten, hat jeder eine Hilfe gewährt. Eine Liste der Namen hat der Kaufmann Krautmann eine Dultung über diese Summe in die Hand. Tiele, welcher gesagt wird, hat trotzdem er dem Vorstand angehört, keine Antwort geben können. Auf das Wort Tiele, lautet am folgenden Tage eine Sitzung, in welcher Mittag die Sache unterrichtet, hat, dabei hat er auf entscheidenden Widerspruch. In einer den folgenden Sonntag einigten gemeinsamen Sitzung laut eine neue Forderung über noch 700 M., und ein von Krautmann geschriebener Schuldchein ein. Es ergibt sich, dass das Geld bereits, um ihm eine Wohnung zu bauen. Es wird dann gesagt, dass Mittag einmal A gelagt, die Verwaltung D sagen müsse. Der Vorstand Tiele's, höchstens noch 500 M. zu bewilligen unter der Bedingung, daß die ganze Schuld hypothekell eingetragen und in zwei Jahren rückzahlbar werden soll, findet Anstoß. Da man Tiele den Vorfall gemacht hat und schon damals Entzweiung mit dem Amt gewesen ist, soll er sich darum gewandt haben, während Tiele erst davon unterrichtet hat. Die Bewilligung der 500 M. ist nur der logische Schritt von Mittag's eigenmächtiger Handlungsweise. Hoffentlich stellt es sich noch heraus, ob der Datum, welcher in dem hierüber abgehaltenen Protokoll der richtige, oder ob vielleicht aus Versehen ein anderer geschrieben ist, und die Rechte hat zu behaupten, daß Forderung vorliegt. Wie verhält es sich mit der Forderung, welche sich nur, das es keine wirkliche Schuldverhältnisse herbeigeführt wird, denn es ist aber nicht so. Das Schreiben der drei Verwaltungsmittglieder geht dahin, den Verein nur vorwärts, und das genossenschaftliche Prinzip richtig zum Ausdruck zu bringen, und nicht mehr, wie bisher, Mittag an der Spitze zu stellen, sondern durch ihn die Verwaltung zu betreiben, und es ist kein freilichs Arbeiten mit demselben mehr möglich.

Unmöglich können Äußerungen: Mittag muß raus, und die Rollen müssen raus, gefallen sein, da den meisten Mitgliedern bekannt ist, daß der Verein im Leben gerettet wurde, um einem Mann, der auch für die Partei hätte sein soll, eine unabhingige Stellung zu verschaffen. Das Schreiben aller geht nur dahin, daß ein gültiger und geschäftsgemäßer Mann in leitender Stellung sein soll, der gemeinschaftlich mit der Verwaltung zum Wohle des Vereins und auch der Partei arbeitet. Unter der Führung der Arbeiter-Führer hat wohl keiner mehr Widerspruch getrieben als M. Wenn man denselben in politischen Veranlassungen sprechen hört: das Herz blute ihm, wenn er sieht, wie die Arbeiter unter dem Joch des Kapitals schmachten, und man betrachtet, wie er einem den mühselig zusammengekauften Geschäftsanteil von 20 M. durch unangenehme ob 10 M. Schulden zu veräußern möchte, wenn er den ihm unterstellten Lagerhelfer eine Arbeitszeit von 13 Stunden täglich vorschreibt, und dann noch verlangt, das Mehlreihen und Abwiegen der Waren in dringenden Perioden nach Feierabend und Sonntags vorzunehmen, dann muß man sich wirklich wundern, daß er noch an der Spitze der Arbeitervertretung marschiert.

Weshalb auch Mittel gebraucht worden sind, 53 Mitglieder zu bewegen, für Mittag und gegen Tiele, so den Verein durch rechtliches Streben zu nützen sucht, ist zu erklären, daß kein Mittel, da von M. eine Vorverurteilung, von der kein anderer in der Verwaltung des Vereins gewußt hat, Mitleid mit ihm abgefallen worden ist, in welcher er wohl auch meist aus weiß schwarz gemacht.

Der Vorfall, daß die Firma Reichardt in Meißendorf, auf jeden Fall nicht davon unterrichtet, daß M. nicht mehr Lagerhelfer im Geschäft I war, ein Präzident, abtreiber an Mittag, mit dem Reichardt, der Reichardt, so viel als möglich, sichergestellt bekannt geworden war, sind die Veranlassung gewesen, daß Mittag dieses, bestehend aus einer Flasche Brandy, ca. 40 Zigarren und einer Mappe zum Aufbewahren von Papiergehör, der Verwaltung übergab. Wenn Trautmann sagte, daß damit ein Vorfall, der Reichardt, so viel als möglich, sichergestellt nicht haben, da die meisten Mitglieder, welche über schlechte oder zu wenig geleistete Waren einleifen, stets den Namen obiger Firma betrafen.

Sollte der Reichardtmann nicht doch Schuld mit daran haben, daß sich Mittag über den Vorfall, so viel als möglich, sichergestellt, und daß der Umgang mit obiger Firma immer größer, der mit der Großhandlungsgenossenschaft immer niedriger wird? In welcher Beziehung M., der noch und bis hierher? — In der Umgang mit obigen Firmen, die Reichardt, so viel als möglich, sichergestellt, worden, den Verein finanziell unterläßt hat,

unbekannt; nicht er, wohl aber Genossen, die, trotzdem sie mündig waren, beim Reiner besser und billiger kaufen konnten, ihre Bedürfnisse schon von ihnen im Leben-gerechten Unternehmen bedien, sind die Opferarmen.

Hat M. rafflos gearbeitet, so war es seine Verdienst und Schuldigkeit, mit der seine Genossen zusammenhängen. Jeder Mittag, den M. im Vereinsinteresse ausgegeben hat, und jeder Fehler, den er begangen hat, ist ihm selbst zu machen. Das Verhalten Mittag's, die Regelung des Defizits der Verwaltung (natürlich meint er damit seine Person), zu überlassen, hat, da Mittag die größte Schuld trägt, er diese aber nicht eingestehen will, und von der dann auch nichts hätte gemacht werden dürfen, in Trautmann die Überzeugung hervorgebracht, daß eine Beurlaubung versucht werden soll. Als sogenannte Kronzeuge braucht Mittag M., deshalb nicht hinzuzulassen, und die Worte eines Polizeimitarbeiters finden auf M. in der Festung: Gest Mittag nicht Wort, und er spricht auch damit, die alte Verwaltung.

Wenn nun einer Mitarbeiter betriebe hat, so ist es Mittag mit seinem Egoismus selbst. Die Arbeiter sind am längsten im Dunkel gelassen worden, und lassen sich das nicht mehr gefallen, rufen vielmehr Mittag ein energisches Halt zu. Will er sich nicht danach richten, und was gibt sein Starbopf nicht zu, so mag er gehen oder er wird gegangen.

Nicht durch Mittag's Tun und Arbeiten ist der Konsumverein auf die Höhe der Mitgliederzahl gekommen, auf der er steht, sondern durch emsige Agitation vieler, vieler Mitglieder.

Weshalb jedoch die Aufnahme zu weiter, dann ist eine Katastrophe nicht ausgeschlossen.

Darum, Arbeiter und Anhänger des Konsumvereins, laßt euch durch nichts bestechen und durch entsetzliche Lasterden zurückföhren. Immer vorwärts, und nicht rückwärts, sei unter uns. Otto Diegel, Heinrich Tiele, Friedrich Brautmann, F. Kohl.

Genossen! Mittag schreibt, der Bericht in Nr. 157 über die Verhandlung der General-Verammlung sei größtenteils unrichtig, und doch ist Mittag nicht im Stande, die Unrichtigkeit zu beweisen, was er auch in der Generalversammlung nicht vermocht hat. Ich lasse hier meiner Überzeugung Ausdruck geben, da mir der Einsender aus 157 nicht bekannt ist, weil das Eingekaufte nicht unterzeichnet war. Mittag schreibt, daß das Defizit von 1000 M. doch von Lagerhalter Wohl gemacht sei. Nach dem Bericht des Bücher-Revisors bin ich, und mit mir viele andere anderer Meinung. Herr Kassius sagt in seinem Revisionsbericht, die Bücher seien in großer Unordnung. Da haben wir ja die Beschermer, das in Ordnunghalten der Bücher ist Sache des Geschäftsführers, von ihm fordert die Generalversammlung Rechenschaft und nicht von den Lagerhaltern.

So lange der Geschäftsführer nicht im Stande ist, durch die Bücher beweisen zu können, der Kassius aber es hat wissenschaftlich oder unwissenschaftlich ein Selbstgespräch in seiner Sache, so lange hat er selbst für die Selbstgespräch aufzukommen, denn es ist doch logisch richtig: Wer eine Verantwortung hat, soll sie nicht auf andere abwälzen suchen, hierin muß mir jeder recht geben.

Mittag sagt immer, die Arbeit sei zu viel, und wenn man mit Arbeit überhäuft ist könnten einem leicht Fehler unterlaufen. Unterreden will die Sache einmal näher. Der Verein hat 940 Mitglieder und 5 Verkaufsstellen; jedoch das Material fehlt. Schriftlicher Arbeiten kommt alles auf einer Stelle zusammen. Nun zu den drei benannten Personen des engeren und erweiterten Vorstandes. Was die Person Zeh, anbetrifft, welcher den Posten des Kontrollierers bekleidet, und von den Hintermännern Mittag's als Stützpunkt der Zeitsammel bezeichnen wird, so ist es dieselbe Person, welche von Mittag zu diesem Posten vorgeschlagen und von seinen Anhängern genehmigt worden ist, und diese Personen verlangen jetzt die Absetzung des Zeh, weil er mit Mittag papierenmäßig persönlich angelegt ist. Den andern beiden Personen ist man deshalb nicht grün, weil auf ihr energisches Drängen die Generalversammlung von dieser unrichtigen Geschäftsführung Kenntnis erhalten hat. Mittag schreibt, wenn das Schreiben so weiter geht, wird es zu einer Katastrophe kommen. Die Katastrophe ist schon da. Beweis: Der Lärm der letzten Versammlung, welcher auf beiden Seiten halbtägigen hat. Herr Kassius schlug vor, die unheimlichen Verhältnisse zu vergessen, und einen neuen Vorstand unter die ganze Hand zu wählen. Der Antrag bin auch ich, aber die Geschäftsleitung muß fünf-

tig in andere, bessere, tüchtigere Hände gelegt werden. Der in Frage kommende neue Geschäftsführer braucht noch lange nicht energischer, tüchtiger, oder ein Herr-Dunkelrotter Beizhalm zu sein.

Karl Friedrich Waldbi Mitglied der Prekommission, Mitglied des Konsumvereins.

An die Verwaltung des Konsumvereins Verbeugung!

In letzter Zeit ist viel gesprochen und geschrieben worden in Bezug auf die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Vereins; daß viele in unserem Verein eine gründlichen Reform bedürftig, müssen alle Mitglieder, es wäre aber nur verkehrt, wollte man alle Schuld auf eine Person werfen, sei die Person, wer sie will! Denn die Schuld liegt auf beiden Seiten. Anstatt nun von Seiten der Verwaltung Hand anzulegen und die bis jetzt gerügten Missethäter zu bestrafen, reiben sich Vorstand und Aufsichtsrat in einem Gange weiter, das Geschäft wird dadurch noch unglücklicher und die Widersprüche der Mitglieder über Waren und Mitgliedschaften wird noch mehr. Ich meine, die Verwaltung hat dafür zu sorgen, daß das Geschäft so rüstig als möglich und nicht rückwärts geht. Sind die Vereinskassen, so mögen sie es ruhig sagen, und die Mitglieder werden wissen, was sie zu tun und zu lassen haben. Man komme aber nicht und entschuldige sich damit und sage, die früheren Verwaltungsmittglieder seien Kopfstärker und Jäger gewesen, die für ein Glas Bier alles gemacht hätten. (Wichtigens eine Gemeinheit desjenigen, der diese Belegung tat, die irreführend ist.) Ist die Verwaltung aber gewillt, den Verein vorwärts zu bringen, so hoffe ich, daß in erster Linie die Widersprüche der Mitglieder über Waren und Mitgliedschaften abgehandelt sind, das bringt sich dann schon finden, und nicht, so in die allerersten angenommen werden, daß dem so ist, wie in dem Eingekaufte von D. M. gelagt ist, und es nur darauf ausgeht, den Verein zum Scheitern der hiesigen Kräfte zu Grunde zu richten. Ein Mitglied.

Der Wirt der Junkenburg, Herr Kuh, hat erklärt, ich hätte in den zwei letzten Generalversammlungen des Konsumvereins, trotzdem ich im Lagerhalter-Verein organisiert sei, gegen die Zuzahlung des Gaulteiers zum Lagerhalter-Verein nicht beigetragen, sondern die Zuzahlung des Gaulteiers genehmigt, sondern auch dafür gesprochen habe. Ich erwarte von Herrn Kuh, daß er so anständig sein wird, und keine Auslage im hiesigen Volksblatt beibringt; tut er das nicht, so überlasse ich die Beurteilung seiner Handlung ruhig den Verbeugenden Arbeitern. H. Müller.

Ans der Genossenschaftsbewegung.

Hohenmölsen. (E. B.) Die Zeis-Geraer Einkaufs-Vereinigung hielt Sonntag, den 10. Juli, ihren Einkaufstag in Gera ab. Es wurden die Waren gekauft im Werte von 30 000 Mark, welche nur der Großhandlungsgenossenschaft Hamburg überlassen wurden. Es wurde dann angetreten, einen Fonds zu gründen zur Agitation und Propagierung des Konsumvereins, und soll dem nächsten Unterhandlung ein beratender Ratung unterbreitet werden. Damit den sich immer vermehrenden Gegnern der Konsumvereine energisch entgegengetreten werden kann.

Oberfeld.

Parteiengenossen! Da am nächsten Sonntag in Göttingen, wo ein unter Verein keine Partei geplant hatte, das Bogelstücken stattfinden, glaubte der Vorstand im Übermaß alle Genossen an zu beladen, wenn er die Partie an diesem Tage verbot, und dafür Veranlassung anbot, welche hoffentlich in Betracht der wichtigen Tagesordnung recht zahlreich bejudet wird. Die Partie sollte Agitationszwecke haben, doch waren wohl bei dem Bogelstücken-Nummel seine Erfolge zu erzielen gewesen und wird es deshalb das Beste sein, in der am nächsten Sonntag stattfindenden Versammlung einen anderen Sonntag dazu zu bestimmen. Als nächsten Sonntag alle Mann zur Versammlung.

Verantwortlicher Redakteur Ernst Däumig in Halle.

Mein Ausverkauf bietet beispiellos günstige Einkaufs-Gelegenheit. **M. Schneider** Halle a. S., 94 Leipzigerstrasse 94. Trotz der enorm billigen Preise gewähre ich 5 Prozent Rabatt auf alle Waren.

Theizen und Ungeg. Sonntag den 17. Juli Punkt 2 Uhr nachm. im Casino auf Ludenau öffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Die Sozialpolitik im Meische. Referent: Genosse Weitz, Leipzig. Zu dieser Versammlung erlaube ich die Arbeiterzeitung, zahlreich zu erscheinen. — Zur Dedung der Unkosten werden 10 Pf. Entree erhoben.

Um 5 Uhr **Sozialdemokr. Vereins-Versammlung.** Tagesordnung: Wahl der Delegierten zu dem am 31. Juli ev. zu Weissenfels stattfindenden Kreisstag. Hierzu werden die Genossen von Döberitz besonders eingeladen. Der Vorsitzende.

Achtung! Mühlenarbeiter. Sonntag den 17. Juli nachm. 3 1/2 Uhr im Restaurant „Erholung“ Martinsberg 6

Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag über: Das Weltall, sein Entstehen und Vergehen. Referent: Redakteur Weissmann. 2. Gewerkschaftliches. 3. Verschiedenes. Bei diesem sehr interessanten Vortrag wird hoffentlich kein einziger fehlen.

Zentralverband der Schmiede Deutschl. Filiale Halle a. S.

Sonntag den 17. Juli von nachmittags 3 1/2 Uhr an in Brunnerstr. 78 **Homenxerfest**

bestehend in Konzert, Blumen-Verlosung, Preisfesten u. Schinken. Freunde und Gönner werden hierzu sehr eingeladen. Das Komitee. 11. Das Preisgeld beginnt bereits zum Festbeginn.

Reisekörbe, 3,90, 4,50, 5,25, 7, 8, 10, 12,50 Mk.

Reisekoffer, Pappepack mit wasserdichtem Bezug, 10,50, 11,50, 13,50, 15,50, 17,50 Mk.

Handkoffer, 1,60, 2,-, 2,50, 2,75, 3 bis 30 Mk.

C. F. Ritter, Leipzigerstrasse 90. Auf alle Preise 5 Prozent Rabatt in Marken des Rabatt-Par-Ferrens.

Gelegenheitskauf fast neuer Möbel. Sofa, Ledersofa, Vertisfow, Spiegel, Tisch, 4 Stühle, 2 Westfellen mit Watzen, Rückenmöhle nur 200 Mk., sofort zu verkaufen Geiselsstrasse 1, I.

Maler-Lineale, Mal-Stöcke ruf. Farbenhandl. Rannischestr. 3.

Verband der Fabrik- und Hilfsarbeiter.

Zahlstelle Halle-Süd. Sonnabend den 16. Juli abends 9 Uhr in Gaulteiers Gasthaus: „Er-Erholung“, Martinsberg 6 **Mitglieder-Versammlung.** Tagesordnung: 1. Hilfsarbeiter-Wahl. 2. Abrechnung vom II. Quartal. 3. Verschiedenes. Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. Die Ortsvereine.

Verein deutscher Schuhmacher Weissenfels. Sonnabend den 16. Juli abends 8 Uhr in der „Zentralhalle“ **Mitglieder-Versammlung.**

Tagesordnung: 1. Der gegenwärtige Stand der Arbeitslosigkeit in der Schuhindustrie, event. Unterstützung der Arbeitslosen aus dem Sozialfonds. 2. Verschiedenes. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwünscht. Die Ortsvereine.

Handschuhmacher-Verband Zeit. Sonnabend den 16. Juli abends von 8 Uhr ab im Preussischen Hof **35jähr. Stiftungsfest** bestehend in Konzert und Ball. Der Vorstand. Hierzu ladet freundlich ein

Arbeiter-Radfahrerver. Sturmvogel Wittenberg. Zu unserem am Sonntag den 17. Juli nachm. 3 Uhr stattfindenden

III. Stiftungsfest bestehend aus dem Karneval, Konzert und Ball und werden wir uns ganz ergeben einzuladen. Der Vorstand. Freitag Schladefest. Freitag Schladefest. J. Basso Adolfsstrasse 20.

Königsberger Hochverratsprozeß.

1. Verhandlungstag. — Nachmittags.

Angell. Klein-Emel sagt aus: Bei der Mailerei 1902 fragte mich ein Russe, ob ich russische Schriften hätte. Als ich verneinte, erklärte er, mir solche schicken zu wollen zur Verteilung an die Russen in Memel. Eines Tages wurde ich zur Polizei geladen, aber ich schickte meine Frau. Diese hat ein dort eingelaufenes Paket öffnen müssen, dann ist dieses beschlagnahmt worden. Ich dachte: Was hat mir denn nicht Schickliches wurde es wieder freigegeben und meine Frau holte es ab. Von dem es abgehört war, habe ich gar nicht geahnt. — Im Herbst kam Stubbis zu mir. — Vorj.: Was für ein Buch die Wantaften. — Angell.: Jedenfalls war es nicht vor dem Mailerei und er nannte sich Stubbis.

Vorj.: Woher sollte der ihn denn kennen? — Angell.: Ich war Vertrauensmann der Partei in Memel. — Vorj.: Er kam also zu Ihnen als Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei. — Angell.: Der Russe sagte mir, ich sollte die Schriften von Romagroski mir schicken lassen. — Vorj.: Wie kommt es nun, daß Sie alle Ihre Auslagen ändern? Früher haben Sie nur behauptet, Braun hätte Ihnen das gesagt, bis zum Gegenüberstellen haben Sie ihm zugesagt, auch den Brief von Romagroski haben Sie bis zum letzten Augenblick bestritten? — Angell.: Ich hatte es ganz vergessen. — Vorj.: Das kann man Ihnen nicht glauben, man sieht es Ihrer Handschrift an, daß es ein Ereignis war, wenn Sie ein Schriftstück von sich geben. Bekennen Sie denn nun das Paket von Romagroski? Sie haben doch später behauptet, Sie kennen ihn gar nicht? — Angell.: Ich habe nicht auf den Namen geachtet, weil ich nur das eine Paket erwarbt hatte. — Vorj.: Es konnte doch auch ein aus der Schweiz sein? — Angell.: Nein, dann wäre es ja durch das Zollamt beschlagnahmt worden. Kautes Raden im Judentum, das der Vorjüngling unter Androhung von Strafen unterlag? — Angell.: Nein, es sind wiederholt Russen zu mir gekommen, einmal die beiden, die auch Romagroski unterrichtet haben, dann zwei Juden, die zu Schiff von Stettin nach Stenohagen reisen wollten und zum Schluß noch zwei andere. Alle diese hatten Schriften mitgenommen. Näheres über diese Personen kann Angeklagter nicht angeben. Er meinte, wenn sie weggingen, machte ich die Tür von innen zu und ließ sie laufen. — Vorj.: Das ist doch ein sonderbarer Standpunkt. Uebrigens waren es bei Ihrer ersten Vernehmung ein paar, dann zwei Personen, und jetzt sind es drei. Sie sind jetzt mit der Wahrheit — recht zurückhaltend.

Der Angeklagte erzählt weiter, daß er wiederholt von Stubbis Briefe bekommen habe. Daraufhin habe er auch den Koffer Stubbis von Treptau geholt und an diesen geschickt. Dagegen behauptet er, mit Treptau zusammen Schriften verpackt zu haben, aber bezieht er sich überlegen, daß es sich um sozialdemokratische Schriften gehandelt habe. Denn die Russen seien Sozialdemokraten gewesen. Die Versandlisten habe er aus dem Konto der Partei gefügt, daß es verboten, terroristische Schriften gewesen wären, sei ihm erst auf diesem Prozeße bekannt geworden. Er betraute die russischen Sozialdemokraten ohne weiteres als Parteigenossen und glaube auch, daß sie dieselben Ziele verfolgten wie die deutschen. — Der Vorjüngling zeigt nun dem Angeklagten ein bei ihm beschlagnahmtes Bild: Von einem gehängten Menschen sieht ein Mann mit der Krone auf dem Kopfe und einem Kinde auf dem Arme. Er, wie das Kind, sind stumm und erregt. Die russische Unterschrift lautet: Ich, und mein II, man kann ich mit meinem III. Vorj.: Dieses Bild von jenseitiger Scheußlichkeit haben Sie also verbreitet? Wer ist dieser Mann hier? — Angell.: Wahrscheinlich ein Polizist. — Vorj.: Ein Polizist mit der Krone? — Ist das nicht der Zar? — Angell.: Der wird doch nicht sein Kind selbst zu hütten. (Stürmische Heiterkeit.) — Vert. Rechtsanw. Haase: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß dieses Bild aus dem Simplicissimus ist. (Erneute Heiterkeit.) — Es werden nun die bei Klein beschlagnahmten Briefe vorgelesen. Ein Brief Stubbis vom 24. Febr. antwortet auf einen früheren Brief des Angeklagten. Es ist darin von einer Beschuldigung der ersten Sendung die Rede. Es wird gefragt, wie viel Schriften noch nach Wien verschickt seien. — Es heißt weiter: Wie geht es in der Gegend? Wer ist jetzt viel von Spitzeln und sonstigen Schritten und lassen die deutschen Behörden noch immer Eberdingen den russischen Muthungen? Ein weiterer Brief vom 17. August kündigt eine neue Sendung von Literatur an.

Es wird noch ein zweiter bei Klein beschlagnahmter Brief vorgelesen. In diesem wird eine neue Sendung Literatur angekündigt und außerdem die Bereitwilligkeit ausgesprochen, für die Gewinnung guter und verdienstvoller Seeleute größere Geldsummen aufzuwenden. Es wird darin weiter die Benutzung von Dedadressen vorgeschlagen und lebhaft um die Herstellung eines dauernden Seeweges nach Russland gebeten.

Der Angeklagte Klein hatte früher behauptet, daß ihn der Angeklagte Braun auf die bei Romagroski liegenden Pakete hingewiesen habe. Braun aber hatte sofort seinem Ertrinken über diese Behauptung Kleins Ausdruck gegeben und ihren Inhalt bestritten. Bei der Konfrontation Brauns mit Klein hat Angell. Klein seine Behauptung auch zurückgenommen.

Der Angekl. sagt ferner, daß bei seiner Vernehmung ebenfalls für nicht schuldig. Ein Unbekannter habe ihm in eine Schinde einle ein Satz Schriften gestellt, ohne ihn zu fragen. Ein zweiter Fremder habe dann später die Schriften verlangt, sie aber, da er sich nicht legitimieren konnte, nicht erhalten. Angell. behauptet, russisch zu können, obwohl er 4 1/2 Jahr jenseits der Grenze gelebt habe. Er habe fast nur mit Juden und Schumaglern verkehrt und diese sprächen deutsch. Bei dem Wirtse Heinlein, einem der Hauptbeschuldigten, gingen die Schumagler ein und aus. Heinlein sei deshalb ins Verhaftet gewesen. Er selbst sei Schmid und kein Schumagler. Vom Angell. Treptau habe er einmal 50 Mk. Unterstutzung erhalten.

Vorj.: Warum haben Sie den Satz mit Schriften hinter Kerzschilde versteckt? Angell. sagt: Die Kerzschilde konnte ich doch nicht hinter den Kerzschilde stecken. Die Kerzschilde habe ich doch gebraucht. Die Schriften wollte ich schon längst

verbrennen, aber das Zeug brannte nicht. (Heiterkeit.) — Auf Vorhalt des Vorsitzenden macht der Angeklagte über seine Kenntnis von den sozialdemokratischen Zielen unklare Angaben, von den russischen Attentaten will er nichts gehört haben. Jetzt, nachdem er durch die Sozialdemokraten so viel Unannehmlichkeiten erfahren habe, sei er nicht mehr Sozialdemokrat. (Heiterkeit.) Damit ist die Vernehmung Angell. beendet und die weitere Verhandlung wird auf Mittwoch früh vertagt.

Zweiter Verhandlungstag.

Die für den heutigen Tag geladenen Zeugen werden bis 12 Uhr entlassen. Der Staatsanwalt fragt den Angeklagten Angell. noch über einen Brief Brauns an Treptau, in dem dem Drahungen Angell. gegen die Partei die Rede ist. Angell. erklärt, sich auf keinerlei Aussagen, die er ausgeprochen habe, befinden zu können. Dann wird in der Vernehmung der Angeklagten bei dem Angeklagten Treptau vorgelesen. Treptau bestritt sehr entschieden, sich schuldig gemacht zu haben und führt aus: Vor etwa drei Jahren schrieb ein russischer Parteigenosse aus der Schweiz an mich, ob ich Pakete für ihn in Empfang nehmen wollte. Später beachte mich dieser Genosse, der sich Stubbis nannte, und ich erlahm aus dem Gespräch, daß er ein wirklicher Sozialdemokrat war. — Diese Pakete sollten von Leuten, die sich durch den Buchstaben S legitimierten, abgeholt werden und wurden es auch. Warum sollte ich das nicht für einen Parteigenossen tun? — Der Vorjüngling behält dem Angeklagten entgegen, daß er auf verschiedenen Schweizer Orten und unter verschiedenen Namen solche Schriftsendungen empfangen habe. Der Angeklagte erklärt, er habe darauf kein Bewußt gehabt, weil er wußte, daß sie von Stubbis kamen. Auf einer Durchreise nach Russland, erzählt der Angeklagte Treptau weiter, hat Stubbis einen Koffer mit Wäsche und Schriften bei mir gelassen und verlangte ihn später von der Schweiz aus von mir zurück. Ich schickte ihn aber nicht. Der Vorjüngling gegenüber habe ich jede Aussage verweigert, weil ich dieses ganze Verfahren gegen russische, doch in Deutschland nicht verbotene Schriften für ungesetzlich hielt.

Die bei mir vorgelesenen Schriften stammen aus der letzten Schweizer Sendung, welche erlich ist nach dem Geständnis durch den Richter Garapat mit mehreren Briefen einige Sendungen, die auf den Buchstaben „S“ abgeholt wurden. Nummer richtet der Vorsitzende an Treptau die Frage nach den Zielen der deutschen und russischen Sozialdemokratie. Der Angeklagte beruft sich auf ein Gespräch mit Stubbis, aus dem er die Identität der deutschen sozialdemokratischen mit den russischen sozialdemokratischen Zielen erkenne habe. Von einer terroristischen Richtung weiß ich nichts. Ich weiß nur, daß Alexander III. an den Norddeutschen aus den Briefen Alexander von Bulgarien beteiligt war. Das gerade die sozialdemokratische Presse besonders häufig Majestätsbeleidigungen begeht, ist mir nicht bekannt. Richter aber behauptet, daß es deswegen verurteilt worden ist. — Vorj.: Aber die sozialdemokratische Presse behandelt doch den russischen Zarern wenig gütlich. — Vert.: Das macht die liberale Presse doch ebenio. — Vorj.: Bitte, das können Sie in der Verteidigungsbrede ausführen.

Der Angeklagte Treptau wird nun über die Herkunft der an ihn gerichteten Sendungen befragt und gibt als möglichst zu, auch aus anderen Orten des Inlandes als Charlottenburg russische Schriften empfangen zu haben. Das Bestellseld hat der Angeklagte nach seiner Aussage ausgelegt, aber schließlich, weil er nichts zurückzahlen habe und noch Vorwürfe erfahren habe, den ganzen Verwaltungsverkehr eingestellt. — Ueber die Unterfertigung Angell. sagt der Angeklagte aus, dieser habe wiederholt Unterfertigungen von 100, 50, 20 Mk. usw. erhalten. Er sei, wie alle Parteigenossen, durch seine Tätigkeit für die Partei schwer geschädigt worden, und sei im übrigen ein fleißiger gewöhnlicher Arbeiter gewesen. Schließlich wird auf Befragen der Verteidigung festgestellt, daß Treptau als Vertrauensmann in Memel letzlicher Flugblätter zur Reichstagswahl im Auftrage der sozialdemokratischen Partei verbreitet habe.

Nunmehr werden die Briefe von und an Treptau zum Gegenstand der Verhandlung gemacht. Zunächst wird der Brief des Tischlers Kinde aus Königsberg vorgelesen. In dem heißt es: Wenn die Russen das Geld für Angell. noch nicht ausgegeben haben, so schreibe mir. Nach der Erklärung der Angeklagten Treptau und Angell. bezieht sich das darauf, daß russische Parteigenossen für Angell. logiert haben, ohne ihn zu bezahlen. — Es kommt weiterhin die ganze Korrespondenz Treptaus als Vertrauensmann zum Vorschein. In einem Briefe des Reichsanwalts Haase heißt es: Bilder aus dem Auslande zu schicken, ist eine russische Unvorsichtigkeit. Bekommen Sie sofort bei dem Provinzialsteuerdirektor. Konk enthält der Brief privatredliche Auskünfte und Grundumfragen. Weiterhin wird ein Brief der Königsberger Parteileitung, gezeichnet Julian Borchardt, vorgelesen, durch den Treptau seines Vertrauensamtes entsetzt wird. Treptau wird darin wegen der Einbehaltung des Koffers getadelt, um den sich die Russe die Finger wundgeschrien habe. Treptau habe russische Broschüren verkauft und das Geld für sich behalten. Nur weil er aus Not behandelt habe, habe man von seinem Ausschluss aus der Partei abgesehen.

Es folgen Briefe des „Stubbis“. Der letzte ist mit Briefstücken während der Fahrt Stubbis von Russland nach Zürich in der vierten Bagenklasse geschrieben. Stubbis schildert die häßliche Angst, in Russland verhaftet zu werden, und schildert die Fortschritte der revolutionären Propaganda in Russland. Das Land sei ein Revolutionsstempel, es müsse zum Kriege kommen. Die hohen Herrn von Petersburg machten sich schon vor Angst in die Hosen. Zum Schluß steht eine Mahnung wegen des Koffers, in dem Taschenmesser, — in den Akten steht, wie der Verteidiger Haase hervorhebt, — Taschenmesser — seien. Ein anderer Brief ist nicht unterzeichnet. Der Vorsitzende weist darauf hin, daß die Handschrift ganz anders, als die Stubbis' sei. Der Unbekannte bittet um Übermittlung etwa bei Treptau eingelaufener Briefe für ihn. Treptau kündigt die Bestaufmerksamkeit mit dem Schreiber. Verteidiger Lieblich erklärt, daß die Verteidigung den Beweis hierfür antreten werde, daß solche Aufträge an vertrauenswürdige Parteigenossen oft ohne vorherige Verhandlung erfolgten. Ferner stellt der Verteidiger Haase auf Befragen fest, daß Treptau im Auftrage Peter Strubes und Nina Strubes Briefe in den Koffern befördert

haben. — Weitere Korrespondenz betrifft zwei Kofferten von Stubbis. Verteidiger Lieblich: Herr Direktor, wollen Sie vielleicht feststellen, daß auf der Vorderseite der Karte mit deutscher Handschrift „Ed. Stubbis“ als Absender steht. — Vorj.: Allerdings; die Kofferten enthalten Mahnungen nach dem Koffer, nach 12 Nummern der Vorkerzerte, nach Herstellung eines ständigen Seeweges nach Russland aus. — Es folgt ein Brief vom 18. Januar 1902. Auf der Rückseite des Umschlages steht „Stubbis“. Es heißt da: „Mich für Wolans Bestimmung verantwortlich zu machen, ist Unkraut.“ Im Zusammenhang damit ist von Geldforderungen sowie von einer Erklärung Angell. die Rede, daß Stubbis von ihm nichts gehört habe. — Vorj.: Angeklagter Angell, geben Sie vielleicht jetzt zu, von Stubbis Geld bekommen zu haben. — Angell.: Angell.: Er hat mir einmal aus Rüssel ein paar Dittchen gegeben, aber keine 60 Mark.

Vorj.: Was bedeutet hier: Schicks Ernst und mein Mordged? — Ist das vielleicht Ernst Wolan und wer hat ihn über die Grenze gebracht. Die Angeklagten Treptau und Angell geben an, ihn nicht zu kennen. Vorj.: Was heißt hier der Satz: Liegt noch Schnee auf der Grenze? Angell. Treptau: Das ist wegen des Schummelges. Wenn Schnee gefallen ist, sind die Straßen zu leicht zu gehen. Vorj.: Nun, Angell. Treptau, Sie müssen doch bei den vielen Dittchen Stubbis endlich einmal ein menschliches Mähren emhunden haben (Heiterkeit), denn es sind bei Ihnen zwei halbwegsgefüllte Goldkofferationen gefunden worden. Angell. Treptau: Die sind von Klein bei der Absendung des Koffers von Stubbis geschrieben, aber von der Goldkofferation als ungenügend zurückgegeben. Schließlich werden Briefe eines jungen Parteigenossen Kombarck aufgedeckt bei Memel vorgelesen, der um Parteilitierung bittet und einen sozialdemokratischen Verein in seinem Wohnort gründen will. Sein Name kommt auch in einem Briefe Stubbis vor, er ist aber nicht ermittelt worden. Der Erste Staatsanwalt und der Angell. Treptau vermuten, als Kombarck zur Zeit beim Militär ist. — Es folgen Briefe, S. und W. Grenzpost unterzeichnet, mit ganz verschiedenen Handschriften. In dem ersten folgen die Stellen hervorgehoben: „Werden Sie den Franz Angell gern unterrichten, aber viel mehr nicht herauskommen. Wir werden nach Strafen geben, haben aber wenig Verbindung mit anderen Organisationen. Antwort erbitten wir in geschlossenem Brief an Fritz Grenzpost. Wenn der Jude früher kommt, so gib ihm die Pakete aus Leipzig.“ — Angell. Grenzpost erkennt diesen Brief nicht als vom ihm geschrieben an. Vert. Lieblich: Ist dieser Bettel, in dem es heißt: „Antwort erbitten wir an Fritz Grenzpost, Charlottenburg, Kanstr. 132, in geschlossenem Brief der erste, durch den Treptau von Grenzpost erhalte? Angell. Treptau kann sich nicht erinnern. — Erster Staatsanwalt: In diesem Briefeingang steht: dies mal kommen 40 Pakete. Das Wort „diesmal“ zeigt, daß es nicht das erste Mal ist. — Vert. Haase: Diesmal kann das erste aber bei jeder Mal sein. Dagegen geht aus der unverständlichen Form der Adressangabe hervor, daß dieser Brief nicht von Grenzpost herrührt und zum ersten Male seinen Namen nennt. — Vorj.: Diese Stillschaltung ist doch nicht zuwendend?

Vorgelesen wird ferner ein Dankbrief von 2 Russen aus Paris, die auf der Durchreise von Treptau bewirtet worden sind. Die Russen danken und grüßen Treptau und seine Verwandten. Sie schließen: Vergessen Sie ja nicht „Grobmuttern“ zu grüßen. (Große Heiterkeit.) In einer Nachschrift heißt es: Winta kommt bald hierher. Vorj.: Ist dies der russische Revolutionär G. Winta in London, von dem Sie nach Ausweisung der Goldkoffer wiederholt Druckschriften erhalten haben? — Angell. Treptau weiß das nicht mehr. In einem anderen Brief fordert Nina von Strube den Angeklagten Treptau auf, Briefe für sie nach Russland zu schicken. Solche Briefsendungen sind bei den Postbehörden bei Treptau vorgefunden worden. Sie enthalten Nummern der Schwabtscheje. Ferner sind bei der Durchsichtung gefunden worden: erstens ein Wohlgeleit für Otto Braun. Auf der Rückseite ist von fremder Hand die Adresse von J. Wegmann geschrieben. Von diesem Wegmann liegt ferner ein Brief an Treptau vor, indem er diesen ersucht, sofort zwei Pakete Druckschriften nach Wien zu senden. Wertius habe deswegen an ihn telegraphiert. — Angell. Wertius bestrittet das; er kenne den Wegmann gar nicht. — Angell. Treptau erklärt, daß er die Adresse Wegmanns nicht aus dem Gedächtnis schreiben könne, sondern vielleicht über die schwedische Wirtse schließlich wird ein unbenutzter gebilligter Briefumschlag an Wegmann und von derselben Hand wie die Adresse von G. Winta in London aus den beschlagnahmten Papieren vorgelegt, das letzte der bei Treptau beschlagnahmten Stücke ist der Arbeiter-Notizlaten für 1900, der die verschiedensten, zum zweifelslos verschiedenen Handschriften herrührenden Adressen enthält, ferner eine Quittung über 100 Rubel an „Griff“. — Vorj.: Ist das Ernst Wolan? — Angell. Treptau erklärt, das nicht mehr zu wissen. — Vorj.: In dem Salenbarium sind es Obenlange zahlreiche Vorträge angegeben. — Angell. Treptau erklärt, der Salenbar sei in Deutschland gebracht. — Vert. Haase: Ich beantrage, das ganze Salenbarium vorgelesen; die Verteidigung kann unter seinen Umständen gehalten bald ihre Einwendungen vorgebracht werden, die den Charakter des Salenbars gar nicht widersprechen. — Vert. Lieblich: Ich schließe mich dem Antrage an; der Salenbar bezeichnet nur Vorarbeiten, wenn sie von historischer Bedeutung sind. — Vorj.: Aber die russischen Vorarbeiten überwiegen? — Vert. Lieblich: Weil da die meisten vorgekommen sind. Nach dem Antrage der Verteidigung wird das Salenbarium der ersten 3 Monate vorgelesen; auf den Rest verzichtet die Verteidigung. Um 2 Uhr tritt eine Pause ein.

Nach der Pause wird der Angeklagte Treptau noch befragt, ob er im heimischen Wirtshaus mit Schumaglern verkehrt hätte. Angell. Treptau: Niemals; nur mit Angell. war ich einmal bei heimlich zusammen. — Damit ist die Vernehmung Treptaus beendet.

Es folgt die Vernehmung des Angeklagten Wertius. Derselbe erklärt: Im April oder März 1902 kam zu mir ein russischer Parteigenosse aus Berlin mit Gräußungen von durchaus vertrauens- und glaubwürdiger Seite. Ueber seine Person bezweifle ich jede Auskunft, nicht weil ich fürchte, mich Irrtümer zu machen, sondern um ihm Unannehmlichkeiten zu

großes Spezial-Geschäft am Platze. Bettfedern, fert. Betten. Beste und billigste Bezugsquelle. Marktplatz 11. Versandt nach aussenhalb. — Verpackung frei. — Fernsprecher 3038.

reparieren. Er ist wiederholt mit anderen russischen Genossen zu mir gekommen. Später kamen die allein, um russische Schriften abzuholen. Ich bekam Sendungen von D. Bägel aus Berlin unter der Bezeichnung „Druckdrift“. Vorl.: Aber auch als Schulmann defloriert. — Angell.: Was die Russen dazu benötigt hat, geht mich gar nichts an. — Vorl.: Aber diese Geheimliteratur und die Bezeichnung des „Krieges“ gegen die Russen sind ja nur ein Mittel, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu erregen. Ich habe den Briefbogen „Vorwärts“ mit viel Grube der Anlage beigetragen.

Angellage Mertins: Ich finde diese Vorlesungen sehr bei der Freundschaft der Deutschen und der russischen Polizei sehr verständlich und nobel. — Vorl.: Wie hießen die verbreiteten Schriften und wie hießen die Russen, die sie von Ihnen holten? — Angell.: Es war die „Zukunft“. Die Namen der Personen habe ich nicht erfahren und auch nicht gefragt; wie leicht könnte man in einem unbedachten Augenblick die Namen verraten! Aber die Russen mühten sich hüten, der russischen Polizei darzutun zu verraten. — Vorlesender: Angellage, stellen Sie sich mal ganz und gar gerade hin. Sie tun ja gerade so, als ob Sie hier schon als Verteidiger. Ihr Redner hielten. Sie scheinen sich gar nicht als Angeklagter zu fühlen; Sie sind aber angeklagt und zwar heissen Sie unter einem sehr schweren Verdacht. Wenn Sie etwas davon auf sich lassen lassen, dürfte Ihnen bald keine Gelegenheit mehr gegeben werden, ein derartiges Vernehmen zu zeigen. (Große Bewegung.) — Angell.: Die Organisation der „Zukunft“ ist rein sozialdemokratisch und stimmt in ihren Zielen genau mit der Sozialdemokratie überein. Nur hier wollte ich als Sozialdemokrat meine Unterstützung zu teil werden lassen.

Ich habe demnach auf den Tag meiner russischen Freunde die Bitte um Behinderung anderer Schriften abgelehnt, ebenso eine Bitte von Emsbitt und eine gleiche von Vina Struve. — Vorl.: Ist Ihnen bekannt, daß in der sozialdemokratischen Presse zahlreiche Majestätsbeleidigungen gegen den Zar verurteilt worden? — Angell.: Unter sozialdemokratische Majestätsbeleidigungen in Russland kann man ja recht verschiedener Meinung sein. Aber das sozialdemokratische Redakteurwesen befreit sich, wie ich, der Angeklagte erklärt weiterhin, er selbst habe nie ein Paket abgeholt und es als Schmutzware defloriert. Schließlich wird noch ein Frachtbrief vorgelegt, auf dem Mertins Name steht. Der Angeklagte erkennt dies nicht an. — Der Angell.: Es geht an, den eine Sendung gerichtet ist, wird über den Absender befragt; er erklärt, ich weiß nichts, ich kann nicht lesen, ich kann nicht schreiben! (Große Heiterkeit.) — Auf Verlangen des Vorl. erklärt Angell. Mertins, daß er auf deutsche Flugblätter und Schriften in den 15 Jahren, da er Vertrauensmann bei, zahlreiche empfangen habe. — Vorl. Mertins: Sie haben sich aber nicht abgeben lassen, sich mit Stillsitz einzulassen, weil dieser eine stärkere Richtung vertreten habe. Hat der Russe nicht vielleicht gesagt, die Richtung Stillsitz ist jetzt international, im übrigen aber sozialdemokratisch?

Angell. Mertins: Ich habe der Sache keinen Wert beigelegt. — Vorl. Mertins: Sie wissen also gar nichts davon? — Angell.: Nein, ich hatte mehr zu tun. — Vorl. Mertins: Ich möchte nur namens meiner Klienten gegen die Behauptung protestieren, daß es ein Charakteristikum der Deutschen sozialdemokratischen Presse ist, sich in beleidigender Weise mit dem Kaiser oder anderen Fürsten zu beschäftigen. Ich behaupte, daß die Redakteure bürgerlicher Blätter verhältnismäßig ebenso häufig wegen Majestätsbeleidigungen bestraft werden. Für die Behauptung des Gegenteiles muß ich bitten, ganz bestimmte Tatsachen anzugeben. — Vorl.: Sie werden doch wohl nicht behaupten, daß in den sozialdemokratischen Zeitungen härtere Angriffe gegen die Fürsten zu finden sind, als in den bürgerlichen? — Vorl. Mertins: Wegen des Spottens allerdings gegen den Zarismus, nicht gegen den Zar. — Vorl.: Man spricht von „Räterei“. — Vorl.: Ja, als Vertreter eines Systems. — Damit ist die Vernehmung Mertins beendet.

Der folgende Angeklagte Ehrenport gibt an: Ich habe auf Verlangen eines russischen Studenten der Chemie, Namens Gabriel, den ich in einer Partei Veranlassung traf, mich zum Empfang von Schriften bereit erklärt. Da ich verzeihe, habe ich die Adresse des Genannten Weber aufgegeben.

Zwei Pakete sind auch angekommen und beschlagnahmt worden. Weiter ist nichts eingegangen. — Vorl.: In den Briefen ist, wie Sie gesagt haben, die Antwort ausdrücklich an Sie verlangt. — Angell. Ehrenport: Es ist möglich, daß die jungen Russen, die bei mir wohnten, Briefe auf meinen Namen empfangen haben. — Vorl.: Wie haben Sie sich im Jahre 1898 32 Briefe bei Ihnen gewohnt. — Vorl. Mertins: Es haben auch Deutsche bei dem Angeklagten Ehrenport gewohnt. Zudem wohnen in der ganzen Kantone in Charlottenburg zahlreiche Russen, die sehr viel zusammenhalten.

Der Angell. gibt weiter an, daß er mit dem bei ihm wohnenden Russen wenig gesprochen und von einem Versteck nicht genutzt habe. Er sei Sozialdemokrat und habe zu seiner Information die anarchistische Wochenzeitung „Neues Leben“ gelesen; er habe sie offen bei sich liegen lassen. — Vorl.: Sie sind wohl nicht auf eine Hausdurchsuchung vorbereitet gewesen? — Verteidiger Mertins: Wieder wurde immer wieder die Hausdurchsuchung bei dem Angell. Ehrenport habe nichts Befehlendes ergeben, weil er nach den Zeitungsmeldungen über die Hausdurchsuchung in Königsberg vorbereitet habe, daß auch bei ihm gehandelt werden würde. Jetzt soll auf einmal das Gegenteil richtig sein.

Angell. Ehrenport: Selbst wenn ich im Voraus von einer Hausdurchsuchung gewußt hätte, hätte ich die Zeitdrift ruhig liegen lassen. Schließlich erklärt der Angellage, er wisse von den russischen Verhältnissen so viel, daß er mit Bestimmtheit behaupten könne, die russische Sozialdemokratie oder wenigstens ihre leitenden Überwiegende Richtung sehe gerade auf demselben Standpunkt, wie die deutsche Sozialdemokratie. — Damit ist die Vernehmung Ehrenports beendet. — Der Angeklagte Bägel gibt folgende Erklärung an: Ich habe mich bei meinen früheren Vernehmungen sehr zurückhaltend geäußert. Ich tat es ausschließlich deswegen, weil ich die russischen Parteigenossen keinen Unannehmlichkeiten aussetzen wollte. Sie gleichsam hineinzuweisen, hätte ich vor meinen Genossen schon als Sozialdemokrat nicht verantworten können. Auch heute würde ich den Aufbruch über die Verleumdungen der Parteien verweigern, selbst wenn ich sie lenkte. — Einmal Tages kamen zwei Russen mit Empfehlungsschreiben von Andrej, dessen Name in der russischen Sozialdemokratie das gleiche bedeutet, wie bei uns der Befehl oder Befehlshaber, zu mir in das alte Gebäude des Vorwärts. Sie boten mir die Erlaubnis, sich durch russische Schriften lesen zu lassen. Um jede Schwärzung im Gesicht, das auch ausländische, passierte russische Schriften besaß, zu vermeiden, schlug ich ihnen vor, als Adresse meinen Namen persönlich anzugeben.

Danach wurde jahrelang verfahren, bis ich plötzlich vor den Untersuchungsrichter gestellt wurde. Ich habe die Gesetze als

Schuldungen deklarieren, aber wenn die Russen darum ersucht hätten, hätte ich es unbedingt getan. Gätten sie mich gefragt, hätte ich ihnen auch dazu geraten. Ich weiß ja selbst am besten, wie sie von den meistenhaft herumlagernden Zeitgenossen beobachtet werden. Die Pakete trugen den besonderen Stempel „Blumenfeld“ oder „Bulganoff“, der Expedient der „Zukunft“ und wurden sofort in Russland hergeschickt. Majestätsbeleidigungen kamen auch solche von der Wiener Parteibuchhandlung J. Franz. Die Sendungen von Andrej kamen monatlich ein- oder zweimal und wurden durch einen königlichen Hofpostexpedient weiter befördert. Inzwischen sei die russische Polizei gekommen, um sich zu erkundigen. So lären sich die Angaben des Kronzeugen der Post, Abel, auf. Dem Hofe sind die Russen hineingegangen, weil der Keller, in dem wir die Schriften aufbewahrt hatten, von dort ohne Erlaubnis des Landeshauptmanns sich erreichen ließe. Ich sah an meiner Pult in der Expedition, die auf dem 3. Hof lag.

Zum Schluss mache ich noch darauf aufmerksam, daß bei sehr vielen Sendungen, wenn die Buchhandlungen in Dänemark, deren Name als Absender sich bei denjenigen der Buchhandlung „Vorwärts“ gesetzt wurde, D. Bägel, B. B. bei den Sendungen an deutsche Parteimitglieder. — Vorl.: Wie kam es aber, daß der in Berlin verhaftete Russe Bögol als Sachwalter Ihre Adresse bei sich hatte? — Angell.: Herr Präsident, von dieser Tatsache habe ich jetzt zum erstenmal (Bewegung.) — Vorl. Mertins: Ich kenne Bögol, er ist ein intimer Freund Andrejs und verbandete ihm Bägels Adresse. — Vorl.: Kennen Sie den Dr. v. Wegesloff, war er einer der Russen, die zu Ihnen kamen? — Angell.: Nein, er hat nur Schritte beim Vorwärts gekauft und war mir deshalb ein lieber Mensch, weil er oft und viel bei mir kaufte. Unter allgemeiner großer Heiterkeit wird allesamt auf die Auskunft des Steueramtes Berlin verzichtet. Bägels Vernehmung ist damit beendet.

Als nächster Angeklagter wird der Angell. Hofmann Bögol aus Böhmen vernommen. Er ist sehr schwer verständlich, spricht schlecht deutsch und erzählt lange Schmutzergeschichten. — Vorl.: Sind Sie auch Schmutzler? — Angell.: Nein, nein! (Große Heiterkeit.) Es ergibt sich, daß Bögol für je einen Rubel Bude aufbewahrt, vom Expeditur abgeholt und den Schmutzern ausgetragen habe. Einmal ist er dann angeklagt, wie die Schmutzler ein Paket abholten, nachts aber immer wieder auf seinen Hof zurückdrückten, mit diesem Paket über die Grenze gefahren und ein Unbekannter hat es an einen russischen Offizier für 20 Rubel verkauft. Ein anderes Mal habe ein Paket beim Aufbruch „geultert“. Da habe er sich gesagt: Er kommt das Paket hier an, ohne daß die Fracht bezahlt ist, und dann sind die Kisten leer. „Da muß ich doch einmal nachsehen.“ Beim 12-jährigen Sohn, der lesen könne (Heiterkeit), habe den Dettel abgelesen. In dem Pakete seien Druckdriftgen gemeint, die dann bei ihm beschlagnahmt worden seien. — Damit ist das Verhör des Angeklagten beendet.

Als Zeugin wird zunächst Frau Nowogrski, 33 Jahre alt, vernommen. — Staatsanwaltschaftsrat Dr. Caspar macht auf das krankhafte Aussehen der Zeugin aufmerksam und bittet sie, sich zu legen. Die Zeugin erklärt, sie sei durch die häufigen Verfolgungen ihres Mannes schwer angegriffen, könne die Vernehmung aber stehend aushalten. Sie bezeugt durchweg die Angaben ihres Mannes. Auch sie habe den einen Russen, der bei ihnen war, wegen seines eleganten Auftretens, seines hausüblichen Sitztragens und wegen seiner Kleidung, die nicht gemein sei wie bei anderen Menschen (Heiterkeit), für einen Spion gehalten. Die Sendungen an Klein habe sie durch einen Bekannten weggeschickt lassen, der immer mehrere Pakete in eins zusammenbrachte. So erklärt es sich, daß statt 22 empfangener Pakete nur 5-6 von hier abgeholt seien. Den Namen des betreffenden gefälligen Freundes will die Zeugin nicht nennen, um ihn nicht Scherereien zu machen. Sie versichert aber, daß es keiner der Angeklagten gewesen sei.

Zeugin Frau Braun kann nur wiederholen, daß ihr Mann, an dessen Tätigkeit sie seit dem Tode ihres Kindes teilnehme, von der Hausdurchsuchung und der Hineinweisung in die Anstalt aufs äußerste überrascht worden sei.

Der folgende Zeuge Julian Borchardt, Königsberg, Redakteur der Königsberger Volkszeitung, sagt über seinen Brief an Bägel aus, gegen Treptau seien bei der Königsberger Parteileitung Befehle wegen Nachforschungen bei der Reichstagswahl eingelaufen. Die sie als ungenügend herausgestellt haben. Doch habe ich geglaubt, daß er einem russischen Genossen seinen Brief 1/2 Jahr vorantreiben habe, um gleichsam einen Sprengstoffversuch zu machen. Darauf sei das Urteil gesprochen und durch ihn an Treptau übermittelt worden. Zeuge Richter Lindt-Königsberg, als Klein ihn von der Hausdurchsuchung bei sich beschuldigte, folgendes geschrieben: „Rage dich deswegen nicht auf, wenn Du vernommen wirst, bestreite alles, gib so wenig als möglich Antwort, sage Du weiß nichts oder kannst Dich nicht bestimmen. Außergewöhnliches telegraphiere mir sofort.“ Der Zeuge gibt als Grund für dieses Schreiben an, daß er Klein für wenig gewandt halte und aus Erfahrung wisse, daß bei politischen Vernehmungen die Protokolle sehr oft sich nicht mit den Aussagen decken. — Der Staatsanwalt beantragt, den Zeugen wegen des Verdachts der Begünstigung nicht zu verurteilen. — Vorl. Paasche widerspricht. Der Zeuge habe wohl seine ungenügenden und von niemand mehr, wie von der Parteileitung behaupteten Briefe genügend aufgelistet. — Der Gerichtshof schließt sich den Ausführungen des Staatsanwalts an und läßt die beiden Zeugen unverteilt, ebenso die beiden Ehefrauen. — In den nächsten Zeugen, Kriminalkommissar Böhlfraam, erklärt Vorl. Paasche eine große Anzahl Fragen richten zu müssen. — Die Verhandlung wird deswegen auf Donnerstag 9 Uhr vertagt. Außer Böhlfraam sollen morgen 20 Zeugen vernommen werden.

Schluss 3 1/2 Uhr.

Halle und Saalkreis.

Galle, 14. Juli.

Der Wunsch der Gastwirte.

Die hiesigen Gastwirtsvereine und der Verein der Saalbesitzer haben eine Petition an die hiesigen Behörden gerichtet, in welcher sie die Einführung der Bedürfnisfrage für Saal- und Gastwirtsvereine in Halle beantragen. Die Petition geht zugleich einen Überblick über den eigentlichen Stand des Gastwirtsvereines, weshalb wir sie vollständig zum Abdruck bringen. Sie lautet:

Die letzter in Halle geübte schrankenlose Erteilung von Konzessionen hat ein bedenkliches Uebelmaß an Wirtschaften und damit höchst ungewohnte Zustände geschaffen. In unserer Stadt mit ihren 700 Saal- und Gastwirtsvereinen kommt schon seit Jahren ein hiesiger Wirtschaft, ein so ungenügendes Bedürfnis, wie es wohl in keiner anderen preussischen Großstadt besteht. Aus diesem Grunde haben die hiesigen Wirte einen schweren Kampf um ihre Existenz, welche ihnen außerdem durch

Misshandlungen und sogenannte Willkürherrschaften empfindlich geschädigt wird. Bei den Ueberflüsse an Wirtschaften ist natürlich eine ganze Anzahl derselben nicht lebensfähig, eine weitere Anzahl stellt nur ein kümmerliches Dasein. Tropfen finden sich immer wieder Personen, die an Stelle zu Grunde gegangener Konzessionsinhaber einzeln. Weist man es mit den hiesigen Verhältnissen unzureichende, die durch glänzende Anfertigungen aus Wäffeln, Schürzen usw. insbesondere nach Halle exportiert werden und hier ohne Schwierigkeiten die Konzession erlangen. Statt der erhofften Erlöse im Wirtschaftsgewerbe bilden sie hochfahrenden Leute, die ihr Vermögen einbüßen, während bei den schlechtesten Gewinnen und vermehren schließlich die Zahl der Ueberflüsse und Verarmten. Infolge dessen sind viele hiesige Wirtschaften nicht selten in den Ruin verfallen und in Wirklichkeit überhaupt kein Bedürfnis, ist der allzu häufige Wechsel der Konzessionsinhaber. Darüber würde die Konzessionsbehörde, der Stadtausschuss, überflüssiges Material liefern können, es ist keine Seltenheit, daß einige hiesige Wirtschaften innerhalb Jahresfrist mehr als zweimal ihre Inhaber wechseln. Dessen ungeachtet entstehen immer noch weitere Wirtschaften, besonders in neuen Straßen. Dieser Umstand ist nicht ohne Grund, weil durch das Bestehen eines wirtschaftlichen Bedürfnisses, solche Neubauten-Wirtschaften blühen gewöhnlich nur so lange, als unmittelbar daneben gebaut wird. Kommen erst drei oder vier Häuser mehr dazu, so entsteht in einem derelicten wieder eine neue Wirtschaft, und die hiesigen Wirtschaften an der Mann gebracht. Diese Wirtschaft tritt unter der Konkurrenz der neuen Wirtschaft auf ein Nichts herab. Eine Besserung der ungenügenden Verhältnisse im hiesigen Wirtschaftsgewerbe ist selbst heraus, also durch Abstreifen nicht lebensfähiger Wirtschaften, ist bei dem unersättlichen Zustande unabweisbarer Konkurrenzbedürfnisses vollkommen ausgeschlossen. einzig nur die Regelung der Bedürfnisfrage Bandel schaffen. Die Einführung der Bedürfnisfrage trägt nicht nur zur Hebung des Wirtschaften, sondern kommt auch der gesamten, mit den Wirten in geschäftlicher Verbindung stehenden Bürgererschaft zu nützen. Jeder Handels- und Gewerbetreibende der Stadt ist ebenfalls an der Schaffung eines ordentlichen und zahlungsfähigen Wirtschaften interessiert. Nach unserer Kenntnis der Verhältnisse haben fast sämtliche Großstädte Preußens, darunter auch die Provinzial-Dauptstadt Magdeburg, sowie die benachbarte Stadt unterer Provinz, die Städte Erfurt, im wohlgeordneten Interesse der gesamten Bürgererschaft inwieweit die Bedürfnisfrage für Saal- und Gastwirtsvereine eingeführt.

Die Petition enthält zweifellos viel Wahres. Die Schilderungen von der Ueberflüsse des Gastwirtsvereines, der häufige Wechsel der Restaurationsbesitzer, die Errichtung von Kneipen an den Gehäusen neuer Straßen sind Tatsachen, die jeder zu beobachten Gelegenheit hat, der nur einigermaßen einen Blick für das wirtschaftliche Leben und Treiben übrig hat. Trotzdem können wir der Forderung der Gastwirte auf Einführung der Bedürfnisfrage nicht zustimmen. Die jetzigen Gastwirte wollen sich damit ein Monopol schaffen, das keinem Gewerbe ein Ausnahmewort, vielmehr der Arbeiter — aufst. Auch die anderen Berufe müssen sich die Konkurrenz gefallen lassen. Würde man der Hälfte der in den Gastwirtsvereinen organisierten Restaurateure sagen, für ihre Gastwirtsvereine bestimme ein Bedürfnis, ihr müßt sie schließen, dann würden die Herren schelmisch mit der Antwort bei der Hand sein, ja, so ist das nicht gemeint; unsere Gastwirtsvereine müssen der Stadt erhalten bleiben.

Auch die Uebertragung der Konzessionserteilung an die Polizeibehörde ist ein zweifelhaftes Schwert. Unendlich viele Erfahrungen haben uns Sozialdemokraten gelehrt, daß dieses Recht eine vorzügliche Waffe im Kampfe gegen politische mißliebige Parteien oder Wirte ist. Der sozialdemokratische Restaurateur bekommt einfach seine Konzession — es besteht sein Bedürfnis, lautet der polizeiliche Befehl. Was will der also befürchtete Wirte machen? Wir kennen schon auf dem Lande soviel, was diese herrliche Waffe kennen und beschränken nicht die geringste Lust, sie auch in der Stadt am Ueber zu legen. Deshalb lehnen wir die Befürwortung der Einführung der Bedürfnisfrage bei der Errichtung von Gastwirtsvereinen rundweg ab. Wie schon eingangs erwähnt, sprechen wir den Klagen der Gastwirte keineswegs die Berechtigung ab, jedoch die vorgelegten Mittel sind nach unserer Ansicht verfehlt und nicht geeignet, endgültig Besserung zu schaffen.

Bittere Klagen

erheben hiesige Arbeiter darüber, daß man sie bei gegenwärtig vorgekommenen Analarbeiten nicht beschäftigt, sondern auswärtige Arbeiter herangezogen bzw. herangezogen hat. Mehreren Nachfragenden soll der Befehl gegeben worden sein: Wir brauchen keine Arbeiter mehr, wir haben schon auswärtige genug. Der Schmachtmüller, der gegenwärtig die Arbeiten am Marktplatz übernahm, soll diese Auskunft gegeben haben.

Auch beschwert man sich darüber, daß man die Arbeiter 16 Stunden lang und zwar von früh bis in die Abendstunden hängen beschäftigt. Die Stadt bzw. das Stadtbauamt soll entsprechende Aufträge gegeben haben.

Wir vermögen das kaum zu glauben. Wenn man auch begreift, daß dem Stadtbauamt eine solche Beschäftigung des Arbeitsbedürfnisses zu tun ist, so kann es doch unmöglich eine 16 stündige Arbeitszeit verlangen. Das schädigt nicht nur die Arbeiter, sondern vermehrt auch die Arbeitslosigkeit.

Die Beschäftigung auswärtiger Arbeiter zu hiesigen Analarbeiten hat unter den Einheimischen eine große Erbitterung erzeugt. Wir hoffen, daß das Tiefbauamt geeignete Mittel und Wege finden wird, um diesem zweifelhaften Mißstände baldigt abzuhalten.

Eine wichtige Entscheidung

auf dem Gebiete des Arbeiter-Verkehrs wiesen es hat das preussische Ober-Verwaltungsgericht gefällt. Die Landes-Verwaltungsanstalt Brandenburg hat auf Antrag einer Orts-Frankenkasse die Textilarbeiterin W. in einer Heilstätte untergebracht, wo sie wegen eines Augenleidens vom 18. Mai 1903 bis zum 15. September verblieb. Diese Ueberweisung der Arbeiterin erfolgte auf Grund des § 18 des Invaliden-Versicherungsgesetzes. Die Versicherungsanstalt verlangte demnach von der Frankenkasse 68 Mark, nämlich das Krankengeld, welches die Arbeiterin während ihrer Zeit bei Erwerbsunfähigkeit von der Frankenkasse erhalten hätte. Die Kasse verweigerte dies. Sie behauptet, daß im vorliegenden Falle die öffentliche Ersatzpflicht gegeben sei, denn Fräulein W. sei nicht erwerbsunfähig im Sinne des Kranken-Versicherungsgesetzes gewesen, als sie in die Heilstätte aufgenommen und verpflegt wurde. Die Kasse wurde im Vermögenstreitverfahren durchgezwungen.

Dem Gericht erster Instanz lagen mehrere ärztliche Gutachten vor. In dem einen wurde gesagt, die Verpflegung sei zwar vor dem Aufbruch der Heilstätte arbeitsfähig, aber doch schwindelkräftig und deshalb der Heilstättebehandlung bedürftig gewesen. Zur Zeit des Beginns der Behandlung hätte sie noch einem zweiten Gutachten weiter arbeiten können, ohne daß eine Verschlimmerung ihres Zustandes zu befürchten gewesen wäre. Der disinglende Arzt der Heilstätte war jedoch im Gegenteil

Gewerkschaftliches.

Solgarbeiter. Die Firma Arden u. Oels in Köln hat die schon vor fünf Wochen erteilte Bewilligung der Fortbewegung zurückgezogen. Es treten infolgedessen sämtliche bei der Firma beschäftigte Schreiner in den Ausstand. — Zum Zwecke des Solgarbeiterstreiks in Dresden ist mir mitgeteilt: Bemittelt haben 97 Arbeiter, die 150 Gehilfen beschäftigen. Die Janung und der Arbeitgeber-Schlichter haben eine Zusammenkunft gehabt und ihr Resultat wird jedenfalls von weitestem Einflusse auf ihr Verhalten sein. Der feste Zusammenhalt der Solgarbeiter scheint den Herren Unternehmern doch gewaltig zu imponieren.

Bremer. Die Differenzen mit der Baggerflotter-Brauererei im Plauenischen Grund bei Dresden sind beigelegt. Die Ausführenden werden wieder eingestellt, soweit sie gebraucht werden. Die übrigen gelangen zur Einstellung, sobald der Betrieb, der vorläufig gelitten, wieder seine alte Ausdehnung erreicht hat. Kein fremder Arbeiter darf eingestellt werden, so lange noch Ausständigen vorhanden sind. Der älteste der entlassenen Schmiebe wird von der Direktion mit 600 M. in die Altersrentenbank eingekauft, die beiden anderen Schmiebe werden bei anderen Unternehmern zu den gleichen Löhnen untergebracht, die sie bisher bezogen.

Handels- und Transportarbeiter. Im vergangenen Jahre ist der Mitgliederbestand des Verbandes von 20 912 auf 29 682 gestiegen, darunter befinden sich 556 Frauen gegen 198 im Jahre 1902. Die Verwaltungsverhältnisse des Verbandes haben sich von 106 auf 151 vermehrt.

Die Gemeinnahmen sind gegen das Vorjahr von 247 138 auf 370 897 M. gestiegen, die Gesamtausgaben zeigen eine Erhöhung von 222 771 auf 339 469 M. An Unterbringungen wurden insgesamt veranlagt 128 890 gegen 85 365 M. im Jahre 1902. Die Streiks- und Gemeinnützigen-Unterstützung stieg von 23 458 auf 59 510 M. Die Arbeitslosen-Unterstützung verminderte sich um 51 500 M. Die Streifen-Unterstützung erforderte 35 018 M., die Streifen-Unterstützung 7092 M. und die Extra-Unterstützung 5782 M. Außerdem wurden 5658 M. für Rechtschutz ausgegeben. Während des vergangenen Jahres konnte eine große Reihe von Lohnbewegungen durchgeführt werden, und es wurden vielfach Tarifverträge abgeschlossen, durch die bessere Arbeitsverhältnisse erreicht wurden. Zum Streik kam es in 34 Fällen mit 2307 beteiligten Arbeitern. Von diesen Streiks waren erfolgreich 14, teilweise erfolglos 14. Der Streik in der Textilindustrie in den großen Städten 14 Arbeitsnachweise, die sich im vorigen Jahre günstig entwickelt haben.

Ausland.

Ostpreußen. Der Streik der Erntearbeiter von Borschlag dauert in ungeändelter Weise fort; die Zahl der Streikenden beträgt 6000. Das Wohl steht aus den höchsten und überfließt Strahlen und Flügel. Die Hüfte und Hüfte schwellen an von den Petroleummägen, die sich unangesehnt in ihr Weiz erziehen, und die Luft ist mit Petroleumdampf gesättigt. Der heilige Zufall kam eine Brandkatastrophe bringen, die den ganzen Ort mit seinen zweihundert Häusern vernichtete. Diese große Gefahr, die das Eigentum und das Leben vieler tausender Petrolearifamilien bedroht, gilt den Petroleum-Magnaten nichts. Man muß die Forderungen der Arbeiter kennen, um die Hartnäckigkeit und Brutalität der Unternehmer in ihrer ganzen Größe begreifen zu können: Die Arbeiter wollen die achtstündige Arbeitszeit in den Kaputtgebirgen, gesunde Wohnungen, frisches Wasser, Geruch, ein Bad und eines Petroleums, die sich unangesehnt in ihr Weiz erziehen, und die Luft ist mit Petroleumdampf gesättigt. Der heilige Zufall kam eine Brandkatastrophe bringen, die den ganzen Ort mit seinen zweihundert Häusern vernichtete. Diese große Gefahr, die das Eigentum und das Leben vieler tausender Petrolearifamilien bedroht, gilt den Petroleum-Magnaten nichts. Man muß die Forderungen der Arbeiter kennen, um die Hartnäckigkeit und Brutalität der Unternehmer in ihrer ganzen Größe begreifen zu können: Die Arbeiter wollen die achtstündige Arbeitszeit in den Kaputtgebirgen, gesunde Wohnungen, frisches Wasser, Geruch, ein Bad und eines Petroleums, die sich unangesehnt in ihr Weiz erziehen, und die Luft ist mit Petroleumdampf gesättigt.

Der B. J. wird aus Wien noch über den Streik gemeldet: Borschlag gleicht einem großen Kriegslager. Das Militärkommando General Keiler. Am Dienstag erschloß 10 Leutnant Kriech vor der Front mit seinem Revolver Infanteristen der von 10. Kompanie des 77. Regiments. Nähere Details stehen noch aus. Pioniere umgibt die Anbruchschicht, damit das Rohöl das Terrain nicht überflutet. Die Gemeinde aber hat sich mit Petroleum verflüchtigt. Der sozialistische Abgeordnete Sabatini hat hier an und konfiskierte mit dem Streikkomitee. Der Streik gewinnt immer weitere Ausdehnung.

Italien. In Rubenarischen Konflikt ist es in der etwa 30 Kilometer von Bologna gelegenen Gemeinde Malabergo gekommen. Dort hatte sich mit der Zeit eine recht gute Organisation der Landarbeiter entwickelt, die aber von den Grundbesitzern niemals anerkannt wurde; diese machten im Gegenteil sorgfältig Versuche, dieselbe zu vernichten. Auf dem Besitztum des Grafen Salina war kürzlich ein Streik der Landarbeiter ausgebrochen, und anstatt sich mit der Organisation zu verständigen, stellte der Graf Streikbrecher ein. Die Organisierten suchten die Streikbrecher in Güte zu überreden, sich ihnen anzuschließen, diese aber wurden von den Revolveren Gebrauch, die ihnen der Graf zu ihrer Verteidigung zur Verfügung gestellt hatte. Darauf kam es zu einer blutigen Schlägerei, die Streikbrecher haben in ein nahegelegenes Arbeiterhaus und verteidigten sich dort. Die Bescherer zündeten das Arbeiterhaus des Hauses an, wodurch die Insassen gezwungen waren, daselbst zu verlassen, und es wäre ihnen jetzt wohl sehr schief gegangen, wenn nicht die Gendarmen angefangen wäre. Die Folge dieser bedauerlichen Vorfälle ist nun, daß die Regierung große Truppenaufgebote nach dem genannten Ort abgesehen hat.

Amerika. 50000 Bauhausangestellte haben nach einer Weile aus Chicago am 12. Juni den Ausstand erklärt, um das Infratritter mit den neuen Sozialist sicherzustellen, bis der alte Tarif am 28. Mai abgelaufen war.

Gerichtssaal.

Strafkammer.

Galle a. S., 11. Juli.

Vorherr: Landgerichtsrat König; Ankläger: Staatsanwalt G. Müller.

Eine unbedachte Handlung, die im vorigen Juli in Bremen worden war, brachte den Arbeiter Wilhelm Kappan wegen vorläufiger Körperverletzung auf die Anklagebank. Er, der aus der Haft vorzeitig wurde, war am Abend des 11. Juli mit dem Arbeiter Scheller in dessen Wohnung im Arbeiterhof in Bremerhaven, wo dort die Arbeiter in der Stube untergebracht sind. Er warf den Angeklagten zur Tür hinaus, legte nach ihm ein Fell, schlug damit eine Heulerschelle ein und kam wieder hinein, er wurde wieder hinausgeworfen und so weiter. Als dann der schillerige Arbeiter Hofstetzer, der ebenfalls in dem Arbeiterhof wohnte, um Frieden zu stiften, kam, ließ er die Angeklagte mit einem Spaten, den er aus seiner Wohnung geholt hatte, auf R. zu, und schlug ihn in der Brust mit der linken Hand des Spatens ins Gesicht. R. erhielt eine erhebliche Verletzung über dem linken Auge und mußte vom 11. Juli bis 8. Juni im Krankenhaus behandelt werden. R. war infolge dieser Verletzung 28 Tage arbeitsunfähig. Der Angeklagte gab die Tat, die er in angetrunkenem Zustande begangen haben will, zu, behauptete aber schwer gegen R. zu sein. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von 3 Jahren. Das Gericht erklärte unter Einwirkung zweier anderer erhaltener kleiner Strafen auf eine Gesamt-Gefängnisstrafe von 2 Jahren.

Wichtige Verurteilung. Am 13. August Schlußnahme, Anklagebescheid von hier, wurde beschuldigt, im Februar d. J. gemeinschaftlich mit ihrer strafmündigen Schwester zwei dreijährigen Knaben und einem gleichaltrigen Mädchen Vormonats mit 25 bis 30 Pf. Inhalt entwendet zu haben. Ferner wurde dem einen Keinen Anzeigener zur Zeit gelöst, er habe im Jahre 1903 fortgesetzt einer Frau aus einer auf dem Boden stehenden Kiste eine Quantität Wippen- und Glaschalen im Werte von 58 M. entwendet und die Gegenstände verkauft. Den Erlös teilte die kleine Gesellschaft untereinander. Dem Staatsanwalt gemäß wurde der Keinen Sünden zu 16 Monaten Gefängnis verurteilt; jedoch wurde das Urteil bedingt ausgesprochen.

Eigentumsvergehen. Der Geschäftsführer Reinhold Hoffmann von hier hat in der Nacht vom 30. zum 31. Mai d. J. eine Anzahl Gegenstände und darunter mehrere Bauarbeiter einige Kleidungsstücke im Werte von 10 M. entwendet. Er räumte die Tat ein und wurde mit Rücksicht auf seine Vorfälle zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt. — Des Betrugs beschuldigt wurde der aus der Straßburg vorgeführte Expedient Waldemar Ferdinand Hoffmann, 23 Jahre alt. Er hatte sich am 11. August in dem Namen eines Direktors ein Fahrloos im Werte von 60 M. gezeichnet und dann daselbst gleich darauf für 15 M. verkauft. Da der Angeklagte gegenwärtig eine Gefängnisstrafe von 8 Monaten verbüßt, beantragte der Staatsanwalt eine Zusatzstrafe von 3 Monaten. Das Gericht erkannte unter dem Namen eines Direktors auf eine Gesamtstrafe von 1 Jahr und 1 Monat Gefängnis.

Verammlungsberichte.

Malter usw.

In der am 5. Juli stattfindenden Mitglieder-Verammlung referierte Kollege Vorchardt aus Maderberg über: Die heutige Lage der arbeitenden Klasse und die Besserstellung derselben. An diesen 1 1/2 stündigen Vortrag, von dem Kollegen mit Beifall aufgenommen wurde, schloß sich eine lebhafte Diskussion, welche so lange andauerte, daß der zweite Punkt der Tagesordnung: Bericht von der Baukontrolle, wegen vorgerückter Zeit bis zur nächsten Verammlung zurückgestellt wurde.

Zu verlesen wurden zunächst die beiden letzten 3 Bände. Die Bilanzrechnung, die von dem B. und D. W. und der Urmittel, bewilligt. Für den Arbeits-Nachweis wurde der Kollege Lehmann für Mitmotsch gewählt.

Der Vorhänge fordert die Vertrauensmänner der einzelnen Bezirke aus, fernhin in den Sitzungen schreibend zu referieren. Die Vorhänge wurde nach, am 17. Juli eine Anklage nach der Malterpolenungsfrage zu unternehmen. Treffpunkt 7 1/2 Uhr bei Streider. (Eingeg. 5. d. S.)

Bau- und Erntearbeiter.

Dienstag, den 5. Juli, fand unter Mitwirkung der Verammlung statt. Zum 1. Punkt der Tagesordnung wurden wiederum 13 neue Mitglieder aufgenommen. Die Wiederaufnahme von Kollegen G. Brandt wurde einstimmig zurückgestellt, weil noch verschiedene Sachen zu regeln sind. Der 2. Punkt, unter diesjährige Zeitminderungen, wurde eine lange und lebhafte Debatte hervor. Daselbst folgte Sonntag, den 7. August, in sämtlichen Häusern von Brunner's Bellevue stattfindend. Das Arrangement wurde einem Komitee von 15 Mann in die Hände gelegt. In Verbindung Angelegenheiten verliedete Kollege Labes über die Verhandlung in der Verammlung am 17. August, die sich führen zu unserer Aufrechterhaltung zur Aufhebung der Bauarbeiter. Ueber die Angelegenheit der schwebender Kollegen, welche sich beschwerten, daß die Kollegen auf den Bauten in Alt-Schieritz im Afford arbeiten, soll erst einmal Klarheit geschaffen werden. Es wird abgesehen nicht festhalten, was von den Kollegen in Alt-Schieritz arbeitet. Danach Sch. M. A. (Eingeg. 9. d.)

Ans dem Reich.

Berlin. Der 8 Uhr-Adenalschiff ist gestrichelt. Die Bewegung zu Gunsten des 8 Uhr-Adenalschiffes für Berlin hat in den letzten Wochen ganz bedeutende Fortschritte gemacht. Im Volksbeirat Berlin kamen etwa 8-9000 Geschäftsinshaber in Frage, die erwerbsfähige Zweiteilnehmer für den früheren Adenalschiff in allen vorhaben. Ein Antrag der Gefängnisinhaber sämtlicher Branden mit Ausnahme der Lebensmittel- und Zigarettenhändler liegt dem Volkspräsidenten bereits vor.

Wolfsbau. Drama. Dienstag abend führte sich eine elegant geliebte Dame, ein Kind im Arme haltend, vor das Pferd des Kronprinzen und streckte ihm unter lauten Hülfeufen eine Handtücher entgegen. Auf Befehl des Kaisers erklärte die Frau, der Vater ihres Kindes sei ein hochgeachteter Herr, der sich um das Kind nicht kümmern.

Der Prinz sagte zu, die Sache prüfen lassen zu wollen. Er hat damit eine recht heikle Aufgabe übernommen. Denn, wie vielfältige Erfahrung lehrt, werden Verfassungen um so seltener anerkannt, je höher die Stellungen sind die Väter befinden.

Breslau. Unerhörte Ausdrückungen verurteilten kroatische Arbeiter, die beim Waldau-Schmelzwerk-Vandeshut beschäftigt sind, im Neumannischen Gasthof zu Gaielsbad bei Landeshut. Ihren eigenen Schiedsmittel verletzten sie durch einen Schuß in die Wille lebensgefährlich. Der Herr Neumann erlitt der Schmeide und mehrere leichte Schußwunden, das Total wurde demoliert, das Mobilien und die Befehle gertrümmert. Als die Arbeiter ihr Verfürgungswort beendet hatten, kamen ihnen auf der Chaussee zwei Indabularen in den Weg. Der eine wurde vom Hufe getroffen, mit Schlagringen schwer verletzt und im Ure und im Remoniale gerandt. Einige der Ergebenen sind bereits verstorben.

Neckinghausen. Bergarbeiter-Risiko. Auf der Jede Mineraler erfolgte am Dienstag abend eine Entzündung schlagender Wetter. Ein Bergarbeiter wurde getötet, drei wurden schwer und fünf leicht verletzt. Da die Betriebs- und Wetterführung in Ordnung gehalten war, konnten die übrigen Bergarbeiter ungeschädigt hauseingekommen werden. Auf der Unfallstätte wurde eine durch Kohlenstaub bedingte Siderheitslampe gefunden. Die Untersuchung wurde sofort eingeleitet.

Kanten. Stadiebiest verfolgerter Bürgermeister. Der Bürgermeister Krüden hat vor einiger Zeit einen längeren Urlaub genommen, den er nunmehr im Entzente Anknüpfen, dem Vernehmen nach aber in Berlin verbringend. Jetzt hat der Staatsanwalt zu Kanten hinter ihm einen Stadiebiest erlo-

da das Stabstücken bringen verordnet. R. Adenalschiff, Geller nicht abgeführt, also unterworfen zu haben. **Wesselsdorf.** Bei einer Schwimmbadung im Meise, die von der 6. Abteilung des Infanterieregiments 5 vorgekommen, ließ ein schwimmendes Pferd gegen einen mit Hünen besetzten Mann. Der Mann lenkte, und die Insassen fürzten ins Wasser. Zwei Hünen ertranken. **Machen.** Zu den Bilanzverhältnissen, die die Aktien-Gesellschaft für Lederfabrikation der Werke u. So. betreffen, wird berichtet, daß der Staatsanwalt gegen den technischen Direktor der Werke wegen Betrugs in Höhe von etwa 1 1/2 Millionen Mark und Verbrechen gegen das Handelsgeheimnis die Anklage erhoben, ferner daß der 23 Jahre alte Besoldigte vor seiner Verurteilung flüchtig geworden ist, so daß ein Stadiebiest hinter ihn erlassen wurde. Wahrscheinlich ist die Werke über die französische Grenze entkommen. **Strasburg.** Ein lautes Drama spielte sich in Ulmthal bei Oberweiler ab. Ein wegen Mißhandlung von Verwandten verurteilter und kürzlich aus dem Gefängnis entlassener Mann Namens Denehath schloß mit einem Revolver auf seine Frau. Der Schuß ging fehl. Auf die Hilfe der Frau eilten der Schwiegerpater und dessen Knecht herbei. Denehath gab auf die mehrere Schüsse. Tödtlich getroffen fürzten beide nieder. Der Mörder ist entkommen.

Vermischtes.

* **Erkrankung** hat sich in Wien aus Furcht vor Wahnhaftigkeit der Frau von Boris Wines. In Wladimir geboren, wirkte er dort als politischer Agent, weshalb er das Reich verlassen mußte und sich Bulgarien zuwandte, wo er eine umfangreiche politische und publizistische Tätigkeit ausübte. Wines galt als einer der besten Kenner des Balkans.

* **Die französische-italienische Freundschaft.** Bei einer öffentlichen Festlichkeit in Luciano erregte sich ein höchst bemerkender Vorfall. Die Stadtmutter war eben im Begriffe die Anwesenden anzuhimmeln, als ein Bräutigam Namens Gerbelle sich vorwagte und mit lauter Stimme rief: „Es wäre eine Schmach, die Marcelline zu spielen in einem Augenblick, wo die Franzosen die italienischen Offiziere zu betheuen luden.“ (Bemerkte ich die Vandesverrats-Affäre von Messina. D. M.) Die Menge verurteilte die Marcelline darauf mit Hülfe und Beifall, und die Mutter mußte schillings abgeben.

Letzte Nachrichten.

Krieg in Ostafrika.

Paris, 14. Juli. Der Geleit abend aus Petersburg: An amtlicher Stelle ist bis gestern Abend 10 Uhr noch keine Bestätigung der Meldung aus Muden, daß die Japaner vor Port Arthur 30 000 Mann verloren hätten, eingetroffen, der Petersburg Korrespondent des Echo de Paris verzeichnet vielmehr aus Gerücht, wonach die Sage der Russen in Port Arthur sehr trübselig sei. Der Matin meldet gleichfalls, daß man in Muden die Sage in Port Arthur als falsch betrachte. Die Japaner sollen sich bereits des Militär-lagers bemächtigt haben, welches nur drei Kilometer von Port Arthur entfernt liegt.

Totlo, 14. Juli. Der russische Oberbefehlshaber Kurovskii befindet sich in Taischikiao, wo eine entscheidende Schlacht erwartet wird.

Singtau, 14. Juli. Gestern fand ein neues Treffen hinter Singtau statt.

Berlin, 14. Juli. Der frühere Präsident der Transvaal-Republic, Krüger, ist in der vergangenen Nacht verstorben.

Berlin, 14. Juli. Außer dem 14-jährigen Söhnchen des Schloßers Spalld werden jetzt in der Charite noch zwei weitere Personen, die 14-jährige Kaufmännin Druksch und 46-jährige Arbeiter Bürger an schwarzen Blattern behandelt. Beide Personen halten sich freiwillig in der Charite auf.

Wien, 14. Juli. In Vorarlberg entstand gestern aus unbekannter Ursache ein Brand, bei welchem die Grube der Karthausen-Gesellschaft vollständig abbrannte. Der Abgeordnete Daskowitsch ermunterte die Streikenden in einer von 3000 Personen besuchten Verammlung zum Ausstehen im Streik, der nur wenige Tage dauern könne, da die Firmen nachgeben müßten.

Chicago, 14. Juli. Außer den 50 000 Badern der Konferenzfabriken sind noch 30 000 andere Arbeiter in den Streik getreten. Die Preise für die Konferenzen beginnen hier bereits zu steigen.

Neuhof, 14. Juli. Ein Telegramm aus Manila berichtet, daß ein heftiger Zyklon San Juan del Monte zerstört habe. 200 Personen sollen umgekommen sein. Der Schaden wird auf 2 Millionen Dollars geschätzt. Der Regen, welcher sich nach dem Zyklon einstellte, hat ununterbrochen 27 Stunden gedauert.

Briefkasten der Redaktion.

Beesen. Es kommt lediglich darauf an, ob mit Zahlung der 20.- M. feinerzeit die Sache als heilich angesehen werden ist. Das scheint bald lo, sonst hätten Sie doch den Restbetrag sofort fordern und die 20.- M. als Schadenszahlung quittieren müssen. Eine Klage ist nach ihrer Darstellung sehr gewagt. Dem Hauswirt steht das Brandrecht an, die Wände sind unterworfen sind, für rüch-schädliche Miete zu. Dazu braucht er den Schaden nicht.

W. St. Die Adresse des Vorstandes der Bauarbeiter ist: Guitan Behrendt, Hamburg-St. Georg, Bremerstraße 15.

Ständesemmeliche Nachrichten.

Salle (Süd, Steimweg 2), 13. Juli.

Angebotes. Arbeiter Donath und Marie Neumann (Große Schloßstraße 14 und Dampfschiff) Blumenbinder Winte und Gise Hoffmann (Berlin und Charlottenstraße 11), Kaufmann Lehmann und Sophie Wulst (Salle a. S. und Hamburg).

Gesellschaftungen: Klempner Franke genannt Wüchel und Anna Gage (Mittelwalle 1). Kürchner Schubert und Emma Barth (Schubert und Lohmofstraße 85).

Geborenen: Weichenheller Wita L. (Lüdingstraße 29), Kaufmann Huber S. (Charlottenstraße 2), Schüler Beer S. (Bismarckstraße 9), Arbeiter Berger S. (Bismarckstraße 17).

Gestorbenen: Aufdenorensenbühler Wirt S. 3. R. M. (Marlinstraße 14), Weinmännchen Wols, 23. J. R. M. (Arbeiter Lütjter, 40. J. R. M.), Tischler Schimpf S., Holzoberer (Glaudaerstraße 19), Arbeiter's Janen S., 5. J. (Glaudaerstraße 47), Volkshausführer Gräbe S., 1. J. (Marlinstraße 7), Arbeiter's Hubert S., 1. M. (Korffstraße 22).

Gestorbenen: Arbeiter's Lehner S. 5. M. (Schloßstraße 11), Schüler's Rütiger S. 3. M. (Lüdingstraße 29), Schüler's Wirt S. 3. M. (Dampfschiff), Privatmann Partel, 60. J. (Mittelwallestraße 11).

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Verantwortlicher Redaktor Ernst Böhmke in Halle.